

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Drittelpreis. — Verlag, Schriftleitung und Verkaufsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2–5. — Fernruf: Amt Wilhelm 3646 und 3647

Nummer 19

Berlin, den 12. Mai 1928

3. Jahrgang

## Zentrums politik gegen die Arbeiter.

Das Zentrum ist eine politische Partei. Das Zentrum wirbt hauptsächlich um die Stimmen der katholischen Arbeiterbevölkerung in den Städten und in den landwirtschaftlichen Gebieten. Das Zentrum ist aber auch die politische Vertreterin der christlichen Gewerkschaften.

Man sollte meinen, die Zentrumspartei würde nun auch ihren Arbeiternähnern Gedanken tragen und vielmehr Arbeiterspolitik im Reichstag treiben, müßte den Forderungen der christlichen Gewerkschaften auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, auf Einführung des sozialen Volksstaates mehr Beachachtung schenken. Diese Meinung ist irrig. Das Zentrum ging bei den Entscheidungen im Reichstag im großen Bogen um das Verlangen der christlichen Gewerkschaften herum, so man muss schon sagen, es tat vielfach das Gegenteil von dem, was die christlichen Gewerkschaften für notwendig erachteten. Das ist nicht etwa nur eine hastlose Behauptung, sondern eine Tatsache, wofür die Beweise im folgenden erbracht werden.

Im Reichstag war die sogenannte Ley Brünning angenommen worden, wonach die aufgebrachte Lohnsteuer, wenn sie in einem Jahr den Betrag von 1200 Millionen RM übersteigt, gesenkt werden soll. Im Jahre 1927 trat nun der Fall ein, daß die Lohnsteuer die Einnahme von 1200 Millionen RM überschritt. Nun verlangte die Sozialdemokratische Partei, wie in der Ley Brünning vorgesehen war, die Heraushebung der Lohnsteuer und ferner die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages. Die Lohnsteuer bezahlten tatsächlich nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Das Zentrum, das angeblich die Interessen der christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vertritt, lehnte die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages ab und ermöglichte mit den anderen Bürgerblockparteien, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten 100 Millionen RM mehr an Lohnsteuern aufzutragen müssen, als vorgesehen war. Waren hier nicht wenigstens die christlichen Gewerkschaftsvertreter in dieser reinen Arbeiterfrage verpflichtet gewesen, das Zentrum auf die richtige Linie zu bringen?

In der Frage der Arbeitszeit in Bäckereien vertrug das Zentrum wieder: Seit der Einführung des Arbeitstages in den Bäckereien und des Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit durch die Volksbeauftragten ging es mit der Arbeitszeit in den Bäckereien. Am 6. Mai 1927 hielt es das Zentrum für angebracht, mit der Deutschnationalen, Deutschen und Bayrischen Volkspartei die Einführung der Sonntagsarbeit in den Bäckereien, die Einführung der Arbeitsbereitschaft und die Befestigung des Arbeitstages zu beantragen. Das ist noch keine Arbeiterspolitik, die das Zentrum trieb und treibt.

Im Jahre 1925 wurde mit Hilfe des Zentrums eine Erhöhung der Höhe vorgenommen, am 15. Juli 1927 eine weitere. Die Erhöhung der Höhe bedeutet stets eine Verschärfung der wichtigsten Lebensmittel für die Arbeiterschaft und für die minderbemittelte Bevölkerung. Das Zentrum half also mit, die Lebensmittelkreise zu steigern. Die christlichen Gewerkschaftsvertreter taten nichts mit Erfolg dagegen. Das Werk des Zentrums in der Zollpolitik war direkt schädigend für Arbeiter, Angestellte und Beamte, Kleingewerbetreibende, Arbeitnehmer und Rentner, dagegen gewinndringend für die Besitzenden. Ist eine derartige Politik mit den Grundsätzen des Christentums und der christlichen Gewerkschaften zu vereinbaren?

Das Zentrum wirkte bei der Heraussetzung des Gefrierleistungsentgelts von 120 000 auf 50 000 Tonnen mit und vertrug damit vielen Minderbemittelten das Fleisch.

Als die Bürgerblockregierung den Abgeordneten-Gesetz-Einwurf zur Abschaffung der Arbeitszeitverordnung veröffentlichte, erhoben sofort die freien Gewerkschaften und der Gewerkschaftsring schärfsten Protest dagegen. Die christlichen Gewerkschaften protestierten nicht gegen die darin enthaltene Verschlechterung in der Arbeitszeitfrage und ihre parlamentarische Vertretung, das Zentrum, trat für den Abgeordneten der christlichen Gewerkschaften ein, es stimmt ihm so gut zu und die Abgeordneten der christlichen Gewerkschaften machten mit. In grundsätzlichen Arbeiterfragen sehen wir stets das Zentrum auf der anderen Seite, trotzdem die Wähler und Wählerinnen aus den katholischen Arbeiterklassen ihre Interessen vertreten haben möchten. Der christliche Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald holt am 28. 1. 1927 in der deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag über das Arbeitszeitproblem in Deutschland und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommen. Darin führt er aus: „Die gesetzliche Regierung hat keine Mehrheit ohne die Abgeordneten, die aus dem Gesamtverband der deutschen Gewerkschaften hervorgegangen sind. Diese Abgeordneten sind nicht gewillt, den billigen Satz zu spielen.“ Das soll doch soviel heißen, wie: Die christlichen Gewerkschaftsvertreter lassen in der Arbeitszeitfrage und in der Ratifizierung des Washingtoner Abkommen nicht handeln. Sind das nicht großbürgerliche Worte gegen die Taten des Zentrums bei der Abstimmung zum Arbeitszeitgesetz?

Was nützen all die schönen Worte, die der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald und andere zum Arbeitszeitproblem und auch bei anderen Gelegenheiten vorbringen, der Bleibesicherung vorwirken, wenn bei den Taten des Zentrums im politischen Willen vielfach erhebliche Nachteile für die Arbeiterschaft und Vorteile für die bestehende Klasse verankommen?

Der Reichsschulgesetzestext, der vor allem aus Drängen des Zentrums Gesetz werden sollte, enthielt auch schwere Schäden der arbeitenden Schichten. In dem Entwurf waren Bischöflichen nur für Volksschulen vorgesehen, also nur für die Schule der Arbeiterkinder. In den Volksschulen sollten die Arbeiterkinder nach lösungsfähigen Anschauungen getrennt werden, aber nicht in den Mittel- und höheren Schulen die Kinder der Besitzenden. Ist das nicht ausschließlich für christliche Arbeiter? Die Arbeiterkinder benötigen für ihr späteres Fortkommen doch auch eine gute Schulbildung in den grundlegenden Wissensgebieten. Sie können nicht genug lernen; denn von ihrem Wissen und Können hängt später ihre Bedeutung ab. Weiters kommen sehr ab. Ist es da angebracht, die Volks-

## Bahn frei für den Fortschritt!

Bei den wichtigsten Ereignissen der letzten Wochen gehört unzweifelhaft die Überquerung des Atlantischen Ozeans von Ost nach West durch den Flieger Köhler und seine Begleiter mit einem einfachen Funkerflugzeug, die Rückkehr der beiden französischen Flieger Costes und Brix von einem Langstreckenflug fast zur gleichen Zeit, die Überquerung des Nordpols durch zwei Amerikaner und der Flug des Italiener Nobile mit einem Luftschiff zu einer Nordpol-Expedition nach Spitzbergen. Alle Flüge sind Versuchslüge, die für die Technik und Wissenschaft von großer Bedeutung sind auszuwählen können. Nur ist bei dem deutschen Flug der Fehler gemacht worden, statt eines Wissenschaftlers des Luftfahrtwesens einen bedeutungslosen Mann ohne hervorragende Eigenschaften auf irgendinem Gebiet die Fahrt mitmachend zu lassen.

Während die Versuchslüge mit viel Aufregung und unter Aufnahme der Weltöffentlichkeit vor sich gingen, wurde eifrig an dem Plan eines Flaketenflugzeugs gearbeitet, wozu die Unterlagen vor einigen Wochen mit einem Flaketenauto erarbeitet wurden. Auf Grund der dabei gesammelten Erfahrungen halten es die Techniker und Wissenschaftler dieses Gebietes für möglich, eine völlig neue Grundlage für das Flugwesen zu finden. Es wird schon davon gedacht und geschrieben, mit den neuen Flugzeugtypen ins Weltall zu fliegen, um mit ihnen andere Himmelskörper zu besuchen.

Wenn auch diese Pläne erst geschmiedet werden und als theoretische Annahme und Möglichkeiten angenommen werden, so ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß wir vor neuen, großen technischen Änderungen gerade im Flugwesen stehen, die noch keineswegs zu übersehen sind.

Was allein im Verkehr über den Ozean für ein großzügiger Wandel eintreten würde, wenn es gelänge, in 30–40 Stunden in einem Flugzeug Menschen und Post über den Ozean zu schaffen, kann man sich ungefähr schon ausmalen. Die gelungenen Versuche geben uns dafür Rücksicht. Was aber ein Flaketenflugzeug sein soll, geht über unsere Begriffe. Doch wäre es verkehrt, dies für eine Unmöglichkeit zu halten; denn gerade die letzten Jahrzehnte haben uns viele Unmöglichkeiten gebracht, daß man wohl staunen, aber nicht daran zweifeln soll.

Die Technik und die Wissenschaft bleiben nicht stehen. Sie schreiten vorwärts, wie ja auch die Gesamtentwicklung vorwärts geht. Wir können uns deshalb noch auf manche Neuerung und auf manches „Wunder“ gefäß machen. Vorläufig genügt es, wenn wir die Ankündigungen der Erfinder zur Kenntnis

schnülen zu verschlechtern? Kein Arbeiter und keine Arbeiterin, mögen sie die Ansicht haben, wie sie wollen, werden eine Verschlechterung unseres Volkswirtschaftens hinnehmen können, noch dazu, wenn 800 und noch mehr Mill. RM als Mittel dazu aufgebracht werden sollen. Die Besitzenden hätten die Mittel nicht aufgebracht, die minderbemittelte Klasse hätte die ungeheure Mehrbelastung außer den sozialistischen Schäden tragen müssen, wenn das Schulgeley gesunken wäre. Darin lag das Wollen des Zentrums. Die christlichen Gewerkschaften und viele Zentrumswähler hätten darunter genau so leiden, hätten die Schäden genau so zu tragen gehabt wie die anderen geistigen Arbeiter und Arbeiterinnen.

In der letzten Reichstagperiode vom Dezember 1924 bis gegenwärtig, war das Zentrum beteiligt am ersten Kabinett Luther vom 16. 1. 25 bis 20. 1. 26 und am zweiten vom 20. 1. 26 bis zum 18. 5. 26. Es war gleichfalls in den Regierungen Marx vom 18. 5. 26 bis 1. 2. 27 und vom 1. 2. 27 bis zum 1. Mai 1928 an maßgebender Stelle im Bürgerblock. Seine Teilnahme an den Regierungsgesprächen würde sich zur die hoffenden Arbeiter und Arbeiterinnen in den christlichen Gewerkschaften sehr ungünstig aus. Vorteile davon hatten nur die Besitzenden. Deshalb sollten sich die christlichen Gewerkschaften die Taten ihrer politischen Vertretung im Reichstag etwas genauer ansehen, sollten auch Worte des Protestes finden, damit sie in Zukunft politisch besser vertreten werden.

Warum liegen wir die Dinge? Weil wir bei den Lohn- und Tarifverhandlungen sehen, daß die christlichen Gewerkschaftsvertreter in den meisten Fällen mit den freien Gewerkschaftsfunktionären bemüht sind, herauszuholen, was herauszuholen ist, weil eine Notwendigkeit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorliegt. Wenn nun auf der einen Seite das Bestreben für die Ausrüstungs- und Wirtschaftsentwicklung der Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht bei den christlichen wie bei den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern vorhanden ist, und man sieht, wie die politische Vertretung der christlichen Arbeiterschaft gegen die Verhandlungen versteht, wie ihre Politik arbeiter schädigende Ausschüttungen bringt, dann ist genug Ursache vorhanden, von der christlich organisierten Arbeiterschaft auch ein einheitliches politisches Wirken zugunsten der gesamten Arbeiterschaft, vor allem in bezug auf das Arbeitszeitproblem, höheren Anteil an den Arbeitserträgen usw. zu verlangen. Das gemeinsame Vorgehen bei den Lohn- und Tarifverhandlungen allein genügt nicht, wenn durch politische Handlungen des Zentrums wieder so große Rückschläge eintreten, wie sie in den Beispielen gekennzeichnet sind.

Die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sollen deshalb bei den Wahlen mehr überlegen, welcher Partei sie ihre Stimme geben, einer reinen Arbeiterpartei oder einer den Besitzenden zugehörigen und bisher meist zu deren Gunsten handelnden Partei.

## Verschmelzungsbestrebungen.

Unsere tschechoslowakischen Bruderverbände der Glas- und Keramikarbeiter, die bisher noch selbständige Berufsorganisationen für die deutschsprachenden Kollegen und Kolleginnen sind, hatten am 21. und 22. April ihre erste Verschmelzungskonferenz in Teplitz. Duran nahmen 24 Delegierte des Glasarbeiter- und 27 Delegierte des Keramikerarbeiterverbandes teil. Auf der Tagessitzung stand: Die Verschmelzung der beiden Organisationen. Die Delegierte erstatuten

nehmen, an die Wirklichkeit der Dinge werden wir erst dann glauben, wenn sie als Tatsachen die Menschheit „beglaubigen“ und praktische Bedeutung erlangen.

Als Fortschrittsmenschen hat man selbstverständlich seine Freude an den Bestrebungen der Technik und der Wissenschaft, und noch mehr an ihren Erfolgen. Sie könnten sicher noch größer sein, wenn mehr Forschungsmittel vorhanden wären. Darauf sollten alle denkenden Menschen aus Vernunftgründen innige Aussagen für Krieg und Völkermord verdammen und einstellen, um auf friedlicherem Wege der Menschheit vorwärts und aufwärts zu helfen. —

## Kohlenpreishöhung vorgenommen.

Schon im Jahre 1927 hatten die Kohlenproduzenten die Absicht, eine Kohlenpreishöhung vorzunehmen. Der Reichstagskurator gab jedoch die Zustimmung nicht. Jetzt, nach der geringen Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter, wurde noch einmal der Antrag auf Steigerung des Kohlenpreises gestellt, die der Reichstagskurator am 2. Mai billigte. Die Heftförderfahrt, die Staardörfer wird um 1 RM pro Tonne im Preise erhöht, so daß die anderen Sorten dementsprechend auch teurer werden. Ob der Reichswirtschaftsminister seine Zustimmung dazu gegeben hat, steht beim Schreiben dieser Zeilen noch nicht fest.

Die Besteuerung würde hauptsächlich die Verbraucher von 2,25 Millionen Tonnen Kohle mit 7,26 Millionen Reichsmark im Monat treffen, wenn der Abfall in der Höhe der Vormonate bleiben sollte. Für die in Frage kommenden Sorten würde die Erhöhung 13 Proz. ausmachen. Das ist eine erhebliche Steigerung, worüber die Verbraucher keineswegs erbaut sind.

Aufsehend erstreben die Reichenbarone auger dieser Preishaerhöhung entweder eine weitere, oder etwas anderes; denn die Meldungen zu dieser Nachricht über die Kohlenpreishöhung sind umrahmt mit Hinweisen auf Arbeiterentlassungen am 15. Mai und auf Einlegung von Feiertägern. Die Bergarbeiter geben aber selbst zu, daß die Preiserhöhung die Mehrbelastung durch Verbesserung der Arbeitsfähigkeit ausgleicht, daß sie also keinen Schaden davon haben. Aber ihr Geharen läßt darauf schließen, daß sie recht gern mit der Lohnherhöhung noch weitere Geschäfte machen möchten. Da ihnen das nicht gelungen ist, versuchen sie eben mit Druckmitteln, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Ob sie Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten; denn die Kohlenkonjunktur ist im Sommer nicht gerade günstig. Das Beispiel zeigt aber wieder, wie die Unternehmer versuchen, aus allen Blüten für sich Honig zu saugen. —

die beiden Besitzenden, Kollege Gustav Neumann für die Glas- und Kollege Franz Palme für die Keramikarbeiter.

Der Extrakt der Verhandlungen wurde in einer Resolution zusammengefaßt, die einstimmig und unter lebhaftem Beifall angenommen wurde.

Wir bringen die homöopathischsten Teile im Wortlaut:

„Die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete, die enorme Zusammenballung des Kapitals erfordert auch naturnötig eine Neorganisations der Gewerkschaften. Der Aufgabenkreis derselben ist in der Nachkriegszeit gewaltig gewachsen, die Anforderungen an die Gewerkschaft werden immer größer, so daß es auch hier zwingend notwendig wird, eine Umgestaltung und Konzentrierung der Kräfte vorzunehmen, um dadurch die Kraft zu steigern. Als nächstes Ziel dieser wichtigen Aufgabe für die Glas- und Keramikarbeiter dieses Staates ist die Schaffung eines einheitlichen Industrieverbands anzusehen und sind durch eine Verschmelzung der bestehenden Verbände der Glas- und Keramikarbeiter die besten Voraussetzungen für einen starken und leistungsfähigen Industrieverband gegeben. Dadurch wird ein Fundament geschaffen, auf welchem sich weiter aufbauen läßt, weil das Ziel kein neuer, alle in der Glas- und Keramikindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser einheitlichen Organisationsform zu umfassen. Durch eine Verschmelzung der beiden Verbände wird nicht nur die Kampfkraft der Glas- und Keramikarbeiter um ein Gewaltiges gesteigert, sondern es ist auch möglich, dem abgeleiteten Bedürfnis der Mitgliedschaft nach Bildung in organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht besser Rücksicht zu nehmen und trotzdem eine Erleichterung des Verwaltungsaufwandes zu schaffen.“

Die gemeinsame Konferenz der Glas- und Keramikarbeiter in Teplitz erkennt, daß eine Zusammenfassung der Kräfte auf gemeinschaftlichem Gebiete zur zwangsläufigen Notwendigkeit geworden ist, welche im besonderen durch die wirtschaftliche Umgestaltung der Nachkriegszeit bedingt wird. Die Schaffung eines einheitlichen Industrieverbands der Glas- und Keramikarbeiter kann infolgedessen nur begrüßt werden und bedeutet die Verschmelzung der beiden Verbände eine Tat von großer geschichtlicher Bedeutung für die Gesamtheit, besonders aber der Gewerkschaftsbewegung, der deutschen Gebiete dieses Staates. Aufgabe der Leitung in diesem einheitlichen Industrieverband der Glas- und Keramikarbeiter wird sein, die noch seitigsten Vereinigungen für eine Vereinigung mit der noch bestehenden, besonders der tschechischen Kollegen, aufzuhören und dadurch die Gewerkschaft zu einem unverzweiglichen Volkswerk aller Glasarbeiter und Keramikarbeiter ohne Unterschied ausgestalten.

Damit geben die beteiligten Verbände Lund, daß sie das eingeleitete Werk gemeinsam errichten. In einem Aufruf wenden sie sich an alle in der Glas- und Keramikindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Tschechoslowakei und ermahnen, das Werk durch ihren Beitrag zu unterstützen und mit zu vollenden.

Wir hoffen, daß unsere tschechoslowakischen Berufscollegen recht bald zur Verschmelzung kommen und können, daß ihnen dieser Schritt genau so zum Vorteil gereichen möge wie uns in Deutschland. Der Erfolg wird nicht anstreben, vor allem dann nicht, wenn es ihnen gelingt, eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation aller Glas- und Keramikarbeiter der Tschechoslowakei zu schaffen; denn das erste Gebot für die Arbeiterschaft ist die Einheit nicht mit dem Wande, sondern durch die Tat herbeigeführt.

# Anträge zu den Leipziger Tagungen des Keramischen Bundes am 11. und 12. Juni.

## Zur Branchenkonferenz Grobkeramik.

Anträge 1 bis 3 von einer Branchenversammlung „Zement“ der Zahnstelle J. H. H. e. i.

### 1. Die Branchenkonferenz beschließt:

- a) Zum nächsten Frühjahr wird für die Zementindustrie ein Reichsrahmenklausur abgeschlossen;
- b) Reichs- oder bezirkliche Voluntarise mit vierteljährlicher Ländauer;
- c) Erfüllung von Schichthöhen; d) für Nachtarbeit wird im ganzen Reich ein Aufschlag von 15 Proz. gefordert.

## Zur Branchenkonferenz „Grobkeramik“ und Bundeskonferenz.

### 2. Die Bundes- und Branchenkonferenz beschließt:

- Den Gauleitern, die die Richtlinien der Reichskonferenz der Zementarbeiter in Hannover und die Richtlinien der Reichsgräfkommission der Zementindustrie auf der Gaukonferenz am 8. März 1928 in Leipzig umgestoßen haben, wird das Misstrauen ausgesprochen. Gleichzeitig sind diese ihres Amtes als Gauleiter für die Grobkeramik (Zement) zu entheben. § 14, Abs. 3a des Statuts.)
- Die Richtlinien waren: Einreichung von Schichthöhen in der Zementindustrie.

### 3. Die Bundes- und Branchenkonferenz beschließt:

- „Die Bundes- und Branchenleitung stellt sich für Aufhebung der Schlichtungsinstanzen ein.“

## Zur Bundeskonferenz.

### 4. Porzellanbranchenleitung Zahnstelle Bayreuth:

Mündet innerhalb vier Wochen nach Abschluß von Tarifverhandlungen müssen die Gauleiter in den Zahnstellen über Verlauf und Ergebnis derselben Bericht erstatte.

Auch sind sie angewiesen, mit den Zahnstellen in der übrigen Zeit in Verbindung zu bleiben, und auf deren Anforderung zu erscheinen.

## Der Antrag einer Vertreterversammlung der Porzellanarbeiter in Freiberg, Sa.:

1. Die Bundeskonferenz wird beauftragt, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß den Versicherten als Träger der Invalidenversicherung nun endlich mal der Einfluß gewährt wird, der den Versicherten zukommt.

Begründung: Die letzte Tagung der Landesversicherungsanstalten im Juni 1927 in Godesberg a. Rh. hat bewiesen, daß es ohne Versicherer in der Geschäftsführung nur zu Schaden der Versicherten gereicht. Wenn ein großer Teil der Beiträge zur Versicherung werden nicht abgeführt, auch werden Hunderte von Millionen aus der Invalidenversicherung der Angestelltenversicherung zugeführt und nicht zurückgezogen. Bei richtiger Führung der Geschäfte mit Einfluß der Versicherten wäre es daher sofort möglich, die Rente unserer alten Arbeitskollegen und Kolleginnen um 100 Proz. zu erhöhen. Aber bei der gegenwärtigen Geschäftsführung, wo Versicherer keinen Einfluß haben, außer Bezahlung der Beiträge zur Versicherung, wird es den alten Rentnern nie möglich sein, als Mensch zu leben.

2. Die Bundeskonferenz wird beauftragt, dahin zu wirken, daß das Reichsarbeitsministerium in Zukunft nicht mehr als leichte Unfall geltet darf. Es muß eine Instanz geschaffen werden, die nicht parteiisch, sondern die Lohnfrage als Lebendfrage beurteilt.

Begründung: Der lezte Schiedsspruch in der feinkeramischen Industrie, der das Arbeitsministerium gefällt hatte, entsprach nicht der Lebendfrage der feinkeramischen Industrie. Es war ein Schiedsspruch und zeigt die vorzeitige Einstellung des Arbeitsministeriums.

3. Die Bundeskonferenz wolle dazu Stellung nehmen, daß das Periodikum in der Zentralbranchenleitung Abt. Porzellan um eine Person erweitert wird.

Begründung: Die Berichte über die Tarif- und Lohnverhandlungen haben bewiesen, daß es nicht möglich gewesen ist, während der Verhandlungen den Zahnstellen über den Lauf der Dinge Berichte zu geben. Die Belegschaft verlangt, daß sie bei denartigen wichtigen Verhandlungen, wo es um ihre Existenz geht, mehr wie bisher unterrichtet wird, bezüglich nun der Keramische Bund dementsprechend ausgetauscht werden.

4. Der 1. Mai ist ein von der Arbeiterschaft errungen Feiertag, und muß als Weltfeiertag ausgebaut werden.

## 15 Jahre Volkssfürsorge.

Auf dem Kölner Gewerkschaftstag 1905 beantragten die Exzenter Fabrikarbeiter und die Dresdener Gewerke, der nächste Gewerkschaftstag solle sich nicht unter Befestigung eines hochwertigen Referates, näher als bei privaten Volksversicherung befaßten. Wurde dieser Antrag auch abgelehnt, so ist er doch ein Beweis dafür, daß in der Arbeiterschaft frühzeitig Stimmen kant wurden, die die gesamte Deutschenheit auf die Art und Weise aufmerksam machen, wie die Volksversicherung von vielen kapitalistischen Versicherungsgesellschaften und deren Agenten betrieben wurde.

Die Versicherungsschichten wurden in unzähligen Fällen mit den schlechteren Mitteln und den anhaltenden Versprechungen zu Abschüssen bestimmt, ohne daß Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse genommen würde. Es konnte es nicht ableiben, daß ein großer Teil dieser durch Gewaltwerbung abgeschlossenen Versicherungen infolge Zahlungsunfähigkeit versiegt. Die Versicherer verloren auf diese Weise ihre Grippe, und ihr Name rückte höher gegen die betreffenden Gesellschaften. Es sei daher dringend, ob nicht durch den vorzeitigen Verfall Kurzzeitversicherungen einen kennzeichnenden Fehler gemacht habe, der die Versicherer der Bevölkerung jedenfalls schwerwiegend schädigt. Aus des Kreises der organisierten Arbeiterschaft, von rechts bis links, von rechts bis links aus dem Gebiete der Versicherungswesen und von Sozialpolitik können die ersten Zeugnisse für eine Meldung der Versicherungssicherung. Darüber vor mir sich allerdings in Abschaffung hat, daß zu einer grundlegenden Reaktion auf den Bericht der Versicherer nicht. Es entstand der Gedanke, ein eigenes Versicherungsunternehmen aus jordanischen Gründen, daß die Gemeinde einen guten und billigen Lebensversicherungsservice für alle Bevölkerungsschichten hat. Ein Werk geschaffen, das gewisslich der Solidarität sollte entstehen. Die erste Studienkommission, der von genossenschaftlicher Seite gehörte, waren von Dr. Tietz und Dr. Müller, jene der Versicherungsbüro, Leipzig, und Dr. Schmid, Robert Schmid, Rudolf und Dr. Engels, eingezogen, daran, dem Bericht der Tarif folgen zu lassen. Der 8. ordentliche Gewerkschaftstag in Leipzig und der 8. Gewerkschaftstag in Dresden, beide im Juni 1911, erklärten sich im Prinzip zu der Gründung einer sozialistischen Versicherung beruhenden Versicherungssicherung einzustimmen und zeigten einstimmig entsprechende Beschlüsse an. Der erste Schritt war getan.

Das Jahr 1912 zog in Berlin die sozialistische Gewerkschaften des Centralverbandes deutscher Gewerkschaften. Wohl als eine bedeutende in einem sozialistischen Kreisrat die Mitarbeiter zur Gründung der neuen Versicherungsgesellschaft. Der Geschäftsführer der Gewerkschaftskommission der Gewerkschaften Deutschlands legte solidarisches Zusammenarbeiten

Begründung: Es ist Pflicht, daß die Organisationsvertreter immer wieder mit dem Gewerkschaftsbund zusammen an die Reichsregierung herantreten und den 1. Mai so ausmachen, daß auch der Arbeiter genau so gut wie der Beamte den 1. Mai bezahlt erhält; dann wäre auch der Arbeiterschaft Rechnung getragen bei ihren geringen Verdiensten.

## Zwei Anträge der Bundesleitung zu Punkt 3 der Tagesordnung.

9. Als Bundesvorsitzenden empfiehlt die Bundesleitung der Bundeskonferenz, den Kollegen Hermann Grünzel zu wählen.

10. Die Bundesleitung empfiehlt der Bundeskonferenz, den Kollegen Albin Karl durch Wahl als einen der Vorsitzenden für den Gesamtverband zu stellen.

## Anträge der Zahnstelle Elbing.

11. Der Sitz des Bundes sowie der Bundesleitung soll sich an dem Orte des Befreiungsbundes befinden.

12. Im § 6 des Bundesstatutes der lezte Absatz sowie § 12, Absatz 2, und der § 13 ist zu streichen.

## Informatorische Anmerkungen des Bundesvorstandes zu den Anträgen Nr. 11 und 12 aus Elbing.

In einem Ort im Ganzen in Bayern halten sich eine Anzahl Verbandsmitglieder auf Einladung zu einer Sitzung zusammen, zu dem ausgesprochenen Zweck, Anträge an den Verbandsvorstand zu beschließen und um die von Teilnehmern gesuchte und von der Sitzungsleitung zugelassene Wahlfreiheit zu finden, gewisse Anträge gegen die Bundesregierung anzukündigen und zu diskutieren. Die Mehrheit der Anwesenden sprach sich sehr Zustimmung aus. Kurze Zeit nach diesem Sitzungstage ging vom selben Ort eine Zusammensetzung von Anträgen mit der Überschrift „Empfehlenswerte Anträge der Zahnstellen an den Verbandsstag“ an bestimmte ausgesuchte Adressen. Unter diesen Anträgen befanden sich auch die gegen den Keramischen Bund bezüglich gegen die §§ 2, 6, leichter Absatz, 12, zweiter Absatz, und 13 der Sonderregelungen gerichteten. Elbing hat also seine Anträge zweifellos dieser Zusammensetzung entnommen.

Von dem Stattdingen der erwähnten Sitzung hatten unsere Branchengäuleiter keine Kenntnis, die Zentralbranchenleitungen und Bundesleitungen auch nicht, all denen sind auch die „empfehlenswerten Anträge“ nicht zugegangen. So ist es dann auch erklärlich, daß die Bundesleitung sehr verspätet Mitteilungen und noch später erst Nachweise über die Geschehnisse erhalten konnte. Und zu allerletzt erst nahm sie von der Meldung einer Zahnstelle Kenntnis, die weit überwiegend aus Bundesmitgliedern besteht, daß dort bereits die gegen die Bundesregierung gerichteten Anträge an die Generalversammlung angenommen seien. Ganz stilistisch ist also die Bundesleitung damit übergangen.

Alles das sind gewiß Tatsachen, die hier und da Misstrauen und Erbitterung, gelegentlich auch starke Erregung herbeizuführen könnten; mit ersuchen aber die Bundesmitglieder, sich davon freizuhalten. Die Bundesleitung ist mit den drei Zentralbranchenleitungen einmütig der festen Überzeugung, daß diesen Anträgen auf der Generalversammlung ein Erfolg nicht befürchtet sein kann, daß Erkenntnis und Glauben dort nicht erschüttert werden. Wenn überall solche Anträge auch mit aller Schärfe zurückgewiesen werden müssen, so erwarten wir doch von den Mitgliedern, die zu den Dingen Stellung nehmen, daß sie das unter allen Umständen in einer Form tun, die den Interessen des Gesamtverbandes nicht widriglich sein kann.

Wegen der Vorgänge haben wir uns bereits mit dem Verbandsvorstand dahin verständigt, in gemeinsamer Sitzung dazu Stellung zu nehmen, es ist aber nicht möglich, daß das schon in wenigen Tagen geschehen kann. Bestimmt aber werden wir das Resultat der Beratungen der Bundeskonferenz im Juni vorlegen können. Sie wird sich damit befassen. Bis dahin wird sich ein öffentliches Eingehen auf die Zwischenfälle im Bundesblatt von uns wie auch von den Mitgliedern als vorläufig übrig wohl vermieden lassen.

Am 1. Mai ist ein von der Arbeiterschaft errungen Feiertag, und muß als Weltfeiertag ausgebaut werden.

## Stimmen zu den Vorstandsanträgen.

Die Zahnstelle Rudolstadt nahm in einer gutbesuchten Generalversammlung Sitzung zu den Anträgen zum Verbandsantrag. Sie lehnte die Vorlage der Statutenbestimmung ab und fügte ihre Auffassung zu Dingen dahin zusammen:

Die Beitragserhebung, Unterstützungsseinrichtungen und teile der Volkskasse sei so zu belasten, wie sie das Statut jetzt vorsieht. Die Erhebung des Eintrittsgeldes „ein Beitragsbeitrag gilt als Eintrittsgeld“ soll beibehalten werden.

Die Mitglieder der Zahnstelle Rudolstadt, und so wird auch in den übrigen Zahnstellen des Reiches sein, haben sich die Leistung der vorgeschriebenen Beiträge gewöhnt. Sollte es jetzt eine Herabsetzung der Unterstützungsziele und eine gleichzeitige Erhöhung der Beiträge eintreten, dann wird die Aktion erüthert, zum anderen aber werden die Mitglieder einen höheren Beitrag leisten. Man darf ja wohl nicht nach dem Statut vorausdenken, sondern man muß die tatsächliche wöchentliche Einschätzung des Arbeiters in Betracht ziehen. So die Vorlage Geheiße werden, dann würde die Einschätzung für die Volkskasse sowie auch für die Lokalkasse bedeutend geringer sein.

Es würden wiederum Jahre vergehen, bevor eine einigem Maße im Statut vorgeschriebene Beitragserhebung erzielt wird. Die Generalversammlung beschwore die Einführung einer Invalidenunterstützung. Diese Unterstützung sollen alle Mitglieder erhalten, die das 60. Lebensjahr erreicht haben oder Invaliden sind.

Bei Einführung dieser Unterstützung soll auf die zur bestehenden Beiträge ein Zusatz von 10 bis 30 Pf. erhöht werden. Mit diesen Beiträgen ist die Unterstützung tragbar. Rinnit man 400 000 Mitglieder im Durchschnitt mit 15 Pf. ergibt dies im Jahr 8 120 000 RM Einnahme.

Als monatliche Unterstützung sollen Sätze von 7-25 Pf. vorschreiben werden, auch kann die Unterstützung schon bei einer Beitragserhebung von 4-6 Wochen beginnen. Rechnet man 5 000 Mitglieder im Durchschnitt mit 15 Pf. pro Empfänger, ergibt sich im Jahre eine Ausgabe von 1 320 000 RM nötig.

Einer derzeitigen Erhöhung der Beiträge, wie oben angegeben, wird die Mitglieder nicht ablehnen gegenüberstehen.

R. Liebahn.

## Anträge an den Verbandstag.

Die Zahnstelle Elbing stellt zum Verbandstag folgende Anträge zur Diskussion:

1. Der § 4 des Verbandsstatuts bleibt unverändert bestehen.

2. Der § 9 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

An Stelle von 35 Pf. Beitrag = 40 zu sehen,
" " " 45 " " = 50 "
" " " 55 " " = 60 "
" " " 70 " " = 80 "
" " " 80 " " = 90 "
" " " 90 " " = 100 "
" " " 100 " " = 110 "
" " " 110 " " = 125 "
" " " 120 " " = 145 "
" " " 160 " " = 180 "
" " " 190 " " = 210 "
" " " 220 " " = 250 "
" " " 250 " " = 280 "
" " " 300 " " = 340 "
" " " 350 " " = 400 "

3. Infolge dieser Beitragserhöhung wird am 1. Januar 1930 die Invalidenversicherung nach dem Vorschlag Nürnberg eingeführt.

4. Die §§ 16, 17, 18, 19, 20 sowie der § 12 (Sitzunterstützung) bleiben unverändert bestehen.

4. Der § 25 Abs. 7 ist zu streichen.

## Die berufliche Sterblichkeit in England und Wales.

GBR. Das amtliche Organ des englischen Gesundheitsamtes hat einen Bericht über die berufliche Sterblichkeit, die Geburten und die Kindersterblichkeit auf der Grundlage der Bevölkerungszählung von 1921 und der Geburten- und Sterblichkeitsstatistik für den Zeitraum von 1921 bis 1922 veröffentlicht.

Der Bericht umfaßt lediglich das männliche Geschlecht und teilt diesen im Alter von 20 bis 25 Jahren in fünf Gruppen: 1. Direktoren von Gesellschaften, Mitglieder der Weisheitsfreie Berufe usw., 2. Bauern, Arbeiter, Handelsangestellte, Beamte usw., 3. geistige Arbeiter, 4. landwirtschaftliche Arbeiter, Bergarbeiter und andere einfache Arbeiter, 5. unbekannte Arbeiter.

Wenn man den Sterblichkeitsdurchschnitt für alle erwachsenen Männer zwischen 20 und 25 Jahren auf 1000 feststellt, gelingt das Verhältnis der Sterblichkeit dieser fünf Gruppen zu einander in nachstehender Übersicht:

Gruppe	1	2	3	4	5
	812	912	951	1007	1258
Gesamt					
Die nachstehende Übersicht bringt eine Gegenüberstellung von Berufen, in denen die Sterblichkeit außerordentlich niedrig und solche, in denen sie außerordentlich hoch ist:					
Berufe mit geringer Sterblichkeit					
Gutsverwalter	226	Rechtsanwälte	117		
Mitglieder der Gesellschaft	501	Bürobeamter	192		
Eisenbahnpächter	822	Kellnermeister	151		
Wohldörfer	867	Töpfer usw.	144		
Bauern	874	Arbeiter an Porzellanöfen	137		
Bauwirtschaftliche Arbeiter	883	Reisehändler	135		
Arbeiter in Betriebs- und Raiffeisen	717	Bornimer	105		
Pflanzernte	843	Scherenschleifer	929		
Schiffseleger	920				

Der Bericht zeigt u. a., in welchem Maße die Kindersterblichkeit von der sozialen Lage der Eltern beeinflußt wird. Es steht auch hervor, daß die Ursache der Sterblichkeit im Zusammenhang mit dem Berufe nicht so sehr von den verschiedenen beruflichen Gefahren abhängt, als von den durch die verschiedenen Berufe bedingten allgemeinen Lebensbedingungen.

## Wohl ist es loblich...

Wohl ist es loblich, wenn wir für ein Ziel uns lebhaft begeistern.

## Reichsmanteltarifvertrag für die mechanische Fensterglasindustrie.

Vor einigen Jahren gab es in den Reihen der Glasarbeiter, vor allem der Tafelglasmacher, noch ernste Zweifel, daß im mechanischen Biehverfahren gebrauchsfähiges und vor allem verlauffähiges Tafelglas hergestellt werden könnte. Allzu stark war man dabei von dem Gedanken der Entwicklung der Maschinen in früheren Jahren bestimmt, aus der zu schließen ist, daß tatsächlich Glas in Scheibenform, ohne in Verführung von Formen oder Gußsäulen zu kommen, nicht herzustellen sei. Würde die Fabrikation mit Formen oder Gußsäulen erfolgen, so erforderte der nachfolgende Polier- und Schleifprozeß viel Zeit und Aufwendung von Arbeitskraft, daß dieses Glas als gewöhnliches Fensterglas den Preisen des im alten Verfahren hergestellten Fensterglases nicht standhalten konnte. Die Technik überwindet viele Schwierigkeiten, und so gelang man in den letzten Jahrzehnten zu dem Arbeitsverfahren, wie es jetzt in den mechanischen Fensterglasfabriken vorkommt. Die langjährigen Erfahrungen unserer ausländischen Konkurrenten wurden bei Errichtung von Ziegelglashütten in Deutschland verwandt. So sehen wir, daß innerhalb drei Jahren im Reichsbereich vier Bourcault-Betriebe, daneben ein Libbey-Glasbetrieb entstanden sind. Daneben arbeiten im Saargebiet weitere drei Hütten im Bourcault-System. Ein Bourcault-Betrieb geht in der Nähe von Köln seiner Vollendung entgegen. Eine weitere Neuanlage im gleichen Verfahren wird im Freistaat Sachsen errichtet, eine ist dort noch projektiert. Außerdem werden in diesem Jahr die bereits bestehenden Betriebe von Bergau, Weiden und der Libbey-Owensgesellschaft weiter ausgebaut durch Neuanlagen resp. Errichtung von weiteren Maschinen an den vorhandenen Wannen. Die mechanische Fensterglasindustrie steht demnach in Deutschland noch vollkommen in ihrer Entwicklung.

Im Verhältnis zu den bisherigen, im Mundbläserverfahren arbeitenden Betrieben hat man es in den mechanischen Biehglashütten mit Großbetrieben der Glasindustrie zu tun. Der Libbey-Owensbetrieb wird in Wölde ca. 1000 Arbeiter beschäftigen.

Tarifliche Bindungen lagen bislang nur werthlich vor, diese waren keine Anerkennung an die bereits eröffneten Betriebe des Saargebietes, resp. des Zustandes. In Rheinland-Pfalz suchte man starke Anstrengung an die Tarife des dortigen Bezirkles in der Schwerindustrie. Die besonderen Verhältnisse der Glasindustrie, und um diese handelt es sich ja auch in den mechanischen Fensterglasfabriken ebenfalls, konnten dabei selbstverständlich nicht berücksichtigt werden. Diese Ursachen waren maßgebend für die Bemühungen zur Schaffung eines Reichsmanteltarifvertrages für die mechanische Fensterglasindustrie, galt es doch, in einer stark syndizierten, kapitalkräftigen Industrie von vornherein grundlegend tarifrechtlicher Art zu schaffen, die dem Organisationsmöglichkeiten bietet, zu jeder Zeit seine Stärke und Anzahl durch seinen Verband wahren zu lassen.

Die von der Branchenleitung nach Probitzello einberufene Konferenz, welche von allen Zahlstellen mit mechanischer Fensterglasindustrie befreit war, stellte am Ende der gesammelten Besprechungen in den Betrieben den bekannten Entwurf zum Reichsmanteltarifvertrag fertig, der nach Abschluß der Konferenz dem Arbeitgeberverband mit dem Verlangen übermittelt wurde, ihn als Tarifvertrag zu funktionieren. Der daraus entstehende Gegenentwurf des Arbeitgeberverbandes war eine wortreiche Nachahmung der Tarifverträge der nordwestlichen Branche der Eisenindustrie.

Bei den großen Gegensätzen gestaltete sich natürlich die Verhandlung äußerst schwierig. Beide Parteien hielten in den ersten Verhandlungen an ihren Entwürfen fest, so daß es ausnahmslos ohne Hilfe einer unparteiischen Stelle der Tarifvertrag kaum geschaffen werden kann. Im Hinblick auf die noch nicht getroffene Entscheidung des Reichsarbeitsministers in der Frage der Arbeitszeit und Schichteneinteilung in der mechanischen Fensterglasindustrie wurden die ersten Verhandlungen vom 21. März um einen Monat verzögert.

Inzwischen ist die Entscheidung des Reichsarbeitsministers erfolgt. Leider infolge der noch nicht vollkommenen Technik der mechanischen Fensterglasindustrie wurde die Anwendungsfreiheit des § 105c Ziff. 4 vorläufig festgelegt und danach bei Einhaltung der im § 105c festgelegten Ruhepausen dem Dreischichtensystem die Zustimmung gegeben. Die weiteren Verbundungen wurden von uns erneut benutzt, auf die schwere gefundene Arbeit der Beschäftigten an den Riebmachinen

hinzuwiesen und zu verlangen, daß das Vierschichtenstystem tatsächlich festgelegt würde. Leider konnte hier eine Einigung auf Grund unserer gemachten Vorschläge nicht erzielt werden. Eine Schlichtungsstelle konnte uns kaum helfen, da dieselbe ja unter dem Druck der vorliegenden Entscheidung des Reichsarbeitsministers keine andere Arbeitszeitregelung vorgenommen hätte, wie wir sie tariflich festlegten. Es gelang uns wenigstens noch, den Urlaub, dort, wo im Dreischichtenstystem gearbeitet wird, festzulegen, gegenüber den bis jetzt bestehenden verschiedenen Vereinbarungen.

In der Frage der Arbeitszeit haben wir vom Reichsarbeitsministerium die Unterstellung des Maschinenbedienungsstabes unter die Verordnung vom 9. Februar 1927 für die Glasindustrie gefordert. Wird diesem Antrage stattgegeben, dann muß eine Revidierung der Arbeitszeitregelung erfolgen, resp. es müssen sogenannte "Springerichtungen" eingelegt werden. Außerdem haben wir auf internationalem Wege mit Hilfe des Arbeitsamtes in Genf versucht, eine Regelung herbeizuführen, damit die Argumentationen der Arbeitgeberverbände in den einzelnen Staaten hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit endlich einmal aufgehören. Hier hoffen wir auch auf die Unterstützung unserer ausländischen Bruderorganisationen, an die wir herangetreten werden.

Die übrigen Bestimmungen des Manteltarifvertrages sind in Gegenüberstellung der Forderungen des Arbeitgeberverbandes als beachtlicher Fortschritt für uns zu buchen. Einer beantragten Laufdauer des abgeschlossenen Reichsmanteltarifvertrages von zwei Jahren verfolgten wir unsere Zustimmung, da wir, sowie auch der Arbeitgeberverband die Auswirkungen des Vertrages noch nicht kennen. Wir wissen, daß der Vertrag noch mit verschiedenen Schlacken behaftet ist. Dies gilt es abzutasten bei Ablauf des Vertrages. Es wird dies möglich sein, wenn unsere Kollegen in den Betrieben durch eine festgelegte Organisation die notwendige Hilfe bringen. Deshalb Kollegen in der mechanischen Fensterglasindustrie, nur weiter ans Werk zum Auf- und Ausbau des Erreichten! Krebs.

## Gewinne der Glasindustrie.

Neben den Berresheimer Glashütten-Werken ist die Akt.-Ges. für Glasindustrie norm. Friedr. Siemens in Dresden die zweitgrößte Anteilsbesitzerin im Klöschener Syndikat und hat seit der Einführung der Goldmarktrechnung alljährlich eine Dividende von 8 Proz. verteilen können. Für das Jahr 1927, für das jetzt der Abschluß vorgesehen wird, kann die Dividende sogar auf 9 Proz. erhöht werden.

Die Gesellschaft ist im Jahre 1888 gegründet und steht seit 1923 in enger Interessengemeinschaft mit der Stralauer Glashütte Akt.-Ges. in Berlin-Straßau. In beiden Unternehmen ist der bekannte Vier-Spitzen-Trust, der Schultheiß-Löwes-Konzern, maßgebend beteiligt. Der Grundbesitz der Gesellschaft einschließlich der Tochtergesellschaften, umfaßt 370000 qm, außerdem gehören der Gesellschaft 140000 qm Teilstücke. Die Siemens-Glasindustrie besitzt außer den deutschen Beteiligungen auch grobe ausländische Glasfabriken. So wurde die Fabrik seuer- und säurefester Produkte Akt.-Ges. in Ballendorf und die Grazer Glasfabrik in Graz (Deutsch-Oesterreich) übernommen. Große Glasfabriken bestehen außerdem in Neustadt und Kosten (Tschekoslowakei). Die Gesellschaft verfügt über mehr als 42 Proz. der gesamten österreichisch-ungarischen Produktion an Klöschern. Im Jahre 1927 wurde mit der Mühlviertler Union in Teplich (Böhmen), gemeinsam mit der Stralauer Glashütte eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. Der Beteiligungsschlüssel beträgt für Siemens 60 Proz., für Stralau 15 Proz. und für Mühlviertel 25 Proz. Durch ein Großfeuer im Sommer 1927 ist es zur Nutzung dieser Beteiligung noch nicht gekommen.

Die tschechoslowakischen Werke, die zum größten Teil auf den Export angewiesen sind, haben, wie der Geschäftsbericht ausführt, infolge ihrer günstigeren Produktionsweise (niedrige Löhne) trotz des Preissturzes auf dem Weltmarkt eher einen Nutzen an den Exportleistungen erzielen können als die deutschen Werke. Von Deutschland aus ist der Export infolge Verschärfung der ausländischen Konkurrenzangebote besonders erschwert, und die Gesellschaft hat sich — immer nach den Angaben des Geschäftsberichts — manche Auslandsgehäfte, bei denen der Preis unter den Gestaltungskosten lag, entgehen lassen müssen. Man will also hier der Daseinsbedürfnis einreden, daß die Ausfuhr von Glaswaren ein Verlustgeschäft ist, was ganz gewiß nicht wahr ist. Lediglich aber wird kein Industrie-Unternehmen Waren zu Billigpreisen exportieren, nur, um den aus-

ländischen Wettbewerber zu erzwingen. Vielmehr wird bei großen Klagen nur angesetzt, um an die Stelle der legitiemlich angewandten Maßnahmen der verlorenen Wirtschaftsposition die unerwünschten Maßnahmen auszuweiten, was ist das übliche Werkzeug der hohen Steuern und Soziallasten, die einmal in folgenden Worte gefleidet:

"Die Rekordleistungen, welche die deutsche Industrie in bezug auf Steuern und soziale Abgaben zu vollbringen hat, machen es immer schwieriger, zu dem so notwendigen Maßnahmen Deutschlands einen entsprechenden Teil beizutragen." Da der Gewinn- und Verlustrechnung werden aber die Löhne und sozialen Lasten, über deren Höhe so eindringlich gekämpft wird, nicht etwa besonders ausgewiesen. Die Handlungskosten enthalten Löhne, Gehälter, Steuern und soziale Lasten in einer Summe und sind gegenüber den 3,99 Millionen RM des Vorjahrs nur in geringem Umfang, auf 4,03 Millionen RM, angewachsen. Dagegen ist der als Bruttonsgewinn angewiesene Betrag um rund 350000 RM gegenüber dem Vorjahr angewachsen. Der Bruttonsgewinn einschließlich Wirtsgeld zeigt 1100677 RM gegenüber 895524 RM im Jahre 1926.

Die Vergütung für die acht Aussichtsratsmitglieder wurde gegenüber dem Vorjahr um 3478 RM erhöht, so daß bei gleichmäßiger Verteilung jetzt auf jedes Aussichtsratsmitglied eine Vergütung von je 5500 RM entfällt. Für die Teilnahme an einzigen Sitzungen einer ganz ähnlichen Nebenentnahmen ist diese auch sonst wohlbestallten Herren, an deren Spitze der Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, der bekannte Großbank, Dr. Gust. Sintenis, steht. Der Durchschnittsarbeiter hat ein solches Einkommen noch nicht einmal in zwei Jahren angestrengter Tätigkeit erreicht. Diese Abschreibungen sind diesmal im Betrag von 571000 RM vorgenommen worden, das sind 150000 RM mehr als im Vorjahr.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind weiter zahlreiche neue Gewinn-Antlagen zur maschinellen Herstellung von Klöschern angekauft worden, was in der Bilanz insbesondere durch beträchtliche Zugänge auf dem Konto Maschinen- und Gewinn-Antlagen in die Erhebung tritt, das mit 945000 RM gegenüber 641000 RM im Vorjahr bewertet ist. Dagegen sind der gesamte Rohstoff, die Ressourcen, das Inventar, die Formen und Werkzeuge auf 1 RM abgeschrieben worden. Die Fabrik in Polen, die im Jahre 1927 betriebsfähig gearbeitet haben, sind jetzt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden, die mit 520000 RM dem Beteiligungskonto zugeschrieben worden ist. Insgesamt stehen die Beteiligungen jetzt mit 1520000 RM gegenüber 1060000 RM im Vorjahr zu Buche. In allen diesen Posten liegen erhebliche feste Reserven, beträgen doch allein die Ressourcen für eine Owens-Maschine mit den dazu notwendigen Antlagen etwa 2 Millionen RM, und 10-12 solcher Antlagen sind bereits im Betriebe. Die deutschen Beteiligungen, die nur mit 1,5 Millionen RM zu Buche stehen, sind hauptsächlich folgende: Glashütte Kopitz-Pirna G.m.b.H., Glashüttenwerke Lippolds & Müller G.m.b.H., Pirna, die allein mit einem Kapital von zusammen 500000 RM arbeiten. Eigene Fabriken bestehen in Dresden, Kreis, Wirsitz, Gleimüh.

Über die Aussichten des laufenden Geschäftsjahrs schweigt sich der Jahresbericht aus. Nur wird auch einer Klage über die gedrückten Preise der meisten Glasartikel ausgeführt, daß in den letzten Monaten darin eine, wenn auch noch nicht genügende Besserung eingetreten ist. Durch die Belebung der Nachfrage war die Nachfrage in Ostrahlitz besonders rege. Der Absatz in Polen habe im Jahre 1927 durch den regnerischen Sommer gesunken. Die Gesellschaft und die dahinter stehenden Kreise werden jedenfalls, auch wenn der Sommer wieder vertreibt, ihr Schädel ins Trockne bringen können, um am Ende des Jahres 9 Proz. Dividende und erhöhte Aussichtsratsentgelte einzheimen zu können. Für die Arbeitnehmer aber wird erst dann dann die Sonne gelingen, wenn es gelingt, durch Einigkeit und Geschlossenheit angemessenen Anteil an den Erfolgen der Nationalisierung zu erkämpfen.

Julius Kries.

## Magdeburg.

Von der Verwaltungsstelle Magdeburg des Arbeitgeberverbandes (Metallischer Bund) waren den Arbeitgebern der Glasfabriken die Forderungen überreicht, den Stundenlohn der Glasarbeiter ab 1. April von 1,02 auf 1,15 RM zu erhöhen und die sonstigen Arbeitsbedingungen durch einen Manteltarifvertrag beiderseits zu regulieren. Den Manteltarifabschluß lehnten die Unternehmer grundsätzlich ab. Letztere teilten sie in ihrem Schreiben mit, daß sie sich auch auf eine Erhöhung der Gehalts nicht einlassen könnten. Ausschließlich angetreten die Tarifverwaltung, die Lohn- und Tariftreuekeit dem behördlichen

Verhandlungen." Damit war man einverstanden. Man begann wieder zu hoffen und zu wähnen.

Der Saal des Gasthauses "Zur Blume" war gefüllt. Auch Bäcker kamen, um zu hören, was die "Zementler" eigentlich wollen. Unter ihnen, gleichsam ihr "geistiger" Hüter, befand sich der einzige Vater und Lebensmittelpunkt des Dorfes, das etwa zweihundertfünfzig Einwohner zählte.

Die Angst trieb ihn. Er glaubte, den Streik verhindern zu müssen — ewig müssen die Arbeiter in meiner Abhängigkeit bleiben, sagte er sich, und der Streik könnte das vereiteln.

Man hatte beschlossen, unser alter Freund sollte Verhandlungen einberufen. Seine Ausführungen, wohl vorbereitet und darauf abgestimmt, die Unzufriedenheit und Streitfertigung zu erheben, wurden mehrfach durch Zwischenrufe, zwar schüchtern, unterbrochen. Dann sollte die Versammlung ihren Willen kundtun. Doch keiner wagte es, auch nur ein Wort zu sprechen. Sie alle schauten den Bäcker, bei dem sie zum Teil schwer in Schulden standen. Einige wenige, die aus der nahen Stadt in dem Betrieb waren, saßen am Tische der Bevollmächtigten und hielten es vorzüglich, den Willen der Versammlung nicht zu beeinflussen. Nur ein unverständliches Gemurmel setzte ein, das man entnehmen konnte, daß Bäcker in der Versammlung anwesend sind, man soll sie ihre Sachen allein beraten lassen.

Da verlangte der Bäcker das Wort. Sie sollen es sich überlegen, begann er. Ein Streik mache nur arme Leute. Und gegen die Herren sei so leicht doch nichts zu machen. Die Welt sei nun einmal so und die Arbeiter würden sie auch nicht anders machen. Er sei gewiß gerne bereit, in Notfällen helfend einzutreten. Als überzeugter Demokrat verlangte es sein Gewissen. Aber wenn die Leute freien, dann lehnen sie sich auch gegen ihn auf, und die Schulden, die einzelne bei ihm hatten ...

Er wollte weiter sprechen. Das war ihm unmöglich gemacht. So hatte er eine der wundesten Stellen berührt — der öffentliche Meinung batte er preisgegeben, daß er Kredit gebe, er batte auch gesagt wem. Und das könne die Leute dort nicht hören. Sie sind gewohnt und streng darauf bedacht, daß alles im Geheimen bleibt. Und er trat, mit Fäusten begleitet, als ein Geschlagener von der Tribüne, von der herab er sein Heil gepredigt. In sich zusammengedrückt stand er nun da, wohl wissend, daß er in dieser Stunde sein ganzes Prestige verloren hat. Und vielleicht auch seine Heimat ... Daraus wußte er — die öffentliche Meinung in Jaueran, und die hatte er jetzt entschieden gegen sich. Bald werde er also sein Bündel schwärzen können und als ein Heimatvater von dannen ziehen ... Seine stürzenden Blicke verloren sich irgendwo draußen in grauer, namenloser Ferne ...

An einem hinteren Tische verlangte plötzlich ein Fremder das Wort. Man wußte das nicht weiter dulden, man hätte gern an dem Bäcker. Aber unser alter Freund meinte, daß sei nur gut so, es würde viel dazu beitragen, daß die Kameraden selbstständiger denken und handeln lernen. Also begann der Fremde. Aber was war das? Der sprach so wie ein gealterter Mann. Und wie? Mit der Wut hinreichender Be-

## Als der Berg wankte . . .

Aus dem Tagebuch eines Zementarbeiters.  
Mitgeteilt von Krieg Brenneisen.

An den südlichen Hängen der Schwarzwaldvorländer im oberbadischen Rheingebiet steht, fest auf Kalksteinfelsen, geprägt, das Zementwerk. Es ist eigentlich noch gar nicht so alt. Und erst einige Jahre, daß der erste Chef wegen Konkurs aus dem kleinen Dorflein fliehen mußte.

Beim dehnen sich über der romantischen Landschaft die mächtige Himmelskuppel, von der im Sommer glutheiß die Sonne brennt und gewitterschwanger Wolken jagen; und im Winter ziehen sie wie graue, düstere Regen, schwer mit Schnee beladen, wie hungrige Strohenvögel über eine niedrige Heide hin.

Über all diesem Sein, dessen Schönheiten den dort Wohnenden selten zum Bewußtsein kommen, dämmert von Ewigkeit aus einem ausgebrennten Gestern der Morgen zu einer verheiterungsvollen Zukunft empor.

Ziemet war es schon so. Die Menschen schliefen; verschließen teilweise selbst die Stunde des eigenen Todes.

Sie kannten nichts, als in die Fabrik gehen. Sie taten es so; andere sollen es gleich tun, sagten sie.

Die Menschen vermehrten sich. Sie gingen weiter zur Fabrik. Erzeugten weiter Zement — und Kinder.

Die einen gingen, die anderen kamen. Die Fabrik wurde schöner, die Menschen vermehrten sich, die Menge Zement wurde größer. Gleichgültig.

Aber einmal sollte es anders werden!

Die Arbeitenden schwanden immer mehr und mehr, verließen immer weniger und weniger.

So begann der Berg, auf dem die Fabrik steht, und von dem die Aktionäre glaubten, er würde so fest stehen, auf einem zu wanken.

Die Arbeiter schubkarren keine gefüllten Säcke mehr, und im Steinbruch l. das Pulver und wurde vom Nebel feucht.

In der Kantine versammelten sich die Arbeitenden. Ein alter, ergrauter Mann stand an einer Bank. Er begann an brechen. Von Solidarität, von der Gewerkschaft und sonst noch von vielem, was den Arbeitenden neu und frisch war. Doch glaubten alle, ihn verstanden zu haben. Sie waren sich einig: so kann es nicht weiter gehen. Und überall wurden Hände laut.

"Immer nur in die Fabrik gehen."

"Schon mein Vater machte mit und starb daran."

"Immer nur Säcke tragen."

"Und wie? Den ganzen Tag vor der fengenden Glut der Feuer."

"Zement machen wir".

"Häuser baut man davon".

"Daha, daba — und wir wohnen selbst noch in den eltesten Baracken, in dumppen Kellerlöchern."

"Auch über die, die uns reinigen."

Da sprang der alte, ergrauten Mann wieder auf die Bank. Seine Augen leuchteten; es war das Leuchten von einem Menschen, der lange durch Wüsten gegangen und nun endlich am Ende wähnt. "Kameraden", sagte er, "wolle ich nachgeben oder in Streik treten, da ihr selber seid, daß es so nicht weiter geht? Ich werde es unseren Brüdern und da mache ich mit der rechten Hand eine Gebärde, als wolle ich gleichsam damit zum Ausdruck bringen, die ganze Welt ist uns zur Stunde verbunden; die anderswo in Betrieben stehen, sagen, die werden uns helfen. Die Organisation ist mächtig." Und dann brachte ein Lächeln über seinen Mund, die faltenreichen Stirn glättete sich für Sekunden, und dieses Lächeln sprang gleichsam einem elektrischen Funken über in die Menge.

Entschlossen reckten sich die Körper, ballten Männer ihre Fäuste, und einige hochschwanger Frauen, die im Betrieb arbeiteten, tranken, glücklich vor sich hinlächelnd, das kommende Wurm werde der jetzt zu erfährenden Freude teilsichtig.

Ein Klüster und Ronnen durchzitterte den engen Raum, erst angstvoll, dann stärker und mächtiger.

Es leuchtete ihnen ein Stern in ihre Armut, zwar noch fern, aber in fröhlicher Verheißung. Und wie Freiheit klang es, als sie sprachen:

"Wir sind nicht allein!"

Der Streik war beschlossene Sache. Nun sollte noch dafür gesorgt werden, daß die Handwerker die Generalregretur verweigerten, damit der Streik der Fabrikarbeiter für die Direktion kein Gewinn werde.

Wieder und wieder rückte der Tag, an dem die gestellte Frist abließ. Die Bevollmächtigten

Schlichtungsausschus zur Entscheidung. Die Unternehmer, die bisher unorganisiert waren, schlossen sich in der Zwischenzeit dem Arbeitgeberverband an. In der Sitzung des Schlichtungsausschusses, die am 14. April stattfand, begründete der Kollege Frenzel die Forderungen der Kollegen, während der Syndicat des Arbeitgeberverbandes für Ablehnung derselben plädierte. Nach längeren Beratungen füllte der Schlichtungsausschuss folgenden Schiedsspruch:

Die Entscheidung bezüglich des Manteltariffs wird vertagt. Den Parteien wird aufgegeben, in direkter Verhandlung zu versuchen, eine Einigung zu erzielen. Sollte eine solche Einigung bis zum 20. April nicht erfolgt sein, wird der Schlichtungsausschuss auf erneuten Antrag hin seinerseits versuchen, eine Einigung herbeizuführen.

Der jetzige Lohnsatz von 1,02 RM wird um 8 Pf. auf 1,10 RM erhöht. Der neue Lohnsatz gilt ab laufender Woche, er kann mit 14-tägiger Frist gelöscht werden, die Bündigung ist erstmalig zulässig zum 31. März 1929.

Unsere Glasschleiferkollegen nahmen den Schiedsspruch an, während die Arbeitgeber ihn ablehnten. Nach der Ablehnung ließen sie dann aber durch ihren Syndicat erklären, daß sie zu Verhandlungen bereit waren, um alle friedlichen Wege zu erschöpfen, leistete die Zahlsstellenleitung der Einladung Folgt. Statt nun einzuladen, entzündeten sich die Unternehmer fühlbar über den am Vorabend gefassten Streitbeschluss der Glasschleifer, dessen Ausführung mit Rückicht auf die in letzter Minute abberückten Verhandlungen aber noch bis auf weiteres vertagt worden war. Weiter erklärten die Herren der Reihe nach, daß sie nur den Frieden wollten. Sie wären daher auch bereit, eine Lohnzulage zu gewähren, diese könne aber im Höchstfalle nur 5 Pf. sein. Für den Fall der Annahme ihres Angebots seien sie ferner bereit, einen Manteltarif abzuschließen. Vorgebens bemühte sich Kollege Frenzel, die Argumente der Unternehmer zu widerlegen und sie zu überzeugen, daß, nachdem man es erst zur Fällung des Schiedsspruchs habe kommen lassen, es unmöglich für die Organisationsleitung unmöglich sei, einen Lohnabschluß zu tätigen, der 3 Pf. unter dem Schiedsspruch läge. Nun suchten die Unternehmer sich damit herauszumachen, daß der Schiedsspruch nur ein Vorjagd sei und eine Forderung, die eine Lehrerhöhung rechtfertige, überhaupt nicht bestände. Im Gegenteil: Alles sei billiger geworden. Wer lacht da? An dieser weitschreitenden Aussicht hielten die Herrschaften fest trotz aller Widerlegungen und Hinweise auf bestehende Tatsachen. Kein Wunder, daß bei einer solchen Einstellung die Verhandlungen vollständig ergebnislos verliefen.

In einer am gleichen Abend stattgefundenen Versammlung wußten die Kollegen den Verhandlungsbericht mit Entrüstung entgegen. Hierauf wurde in geheimer Abstimmung mit allen Stimmen der Streit beschlossen und einmütig am folgenden Tage durchgeführt. Daß es zu diesem Streit kommen mußte, ist lediglich nur auf die Unfähigkeit der Unternehmer zurückzuführen.

Arbeitsangebote der bestreiten Firmen Wilhelm Dutschow, Bauer & Enzen, A. Höhler, Cardinal & Müller und Erich Schimpf sind daher abzulehnen!

## Bischheim.

Lebte der Betrieb Emil Klumpp, Glasmannsfürsten, in Bischheim an der Enz, mußte bis auf weiteres die Spette verhängt werden, da die Firma trotz des bestehenden Tarifvertrages, um der Regelung der Akkordlöhne zu entgehen, aussperrte. Zugang ist fernzuhalten und die Spette zu beachten!

## Beendet Streik.

**Der Streik in Gruppe 5 in der deutschen Weißhohlglassindustrie in Thüringen ist nach 9- bzw. 12-tägiger Dauer durch neue tarifliche Vereinbarungen mit Erfolg für die Kollegen beendet worden. Die neuen Vereinbarungen enthalten Verbesserungen für die KollegInn.**

geisterung erzählte er den armen, bedrückten Leuten von großen, wichtigen Organisationen, die sich zur Aufgabe machten, den Arbeitgebern einen Schutz zu bieten und ihre Interessen zu vertreten. Wenn das nicht erreicht werden konnte auf dem Wege der Verhandlungen, so müsse das durch Kämpfen geschehen, in diesem Falle der Streik, erzwungen werden. Die Arbeitgeber allerdings wußten sich endlich ihres Wertes bewußt zu werden. Sie würden den Arbeitgebern zu verbieten geben, doch sie nicht als Objekt der Peote, sondern als Subjekt zur Harmonie des Gewerbes bewertet sein wollen. Und er schwor: „Tretet ein in den Kampf um euer primitives Menschenrecht, daß eine Arbeit so viel eichtigt, daß ihr ein menschenwürdiges Dasein ohne materielle Not fristen könnt. Verbetet Mitglieder der Organisation, die euch schon in diesem Streik unterstützen wird.“

Unter stetem Freudentrag, nachdem sich der Beifall gelegt hatte, mit Anschwärmerklungen in der Versammlung herum, und jeder antwortete, gleichzeitig ob er dabei wußte, um was es ging oder nicht. Und langsam wurde es ihnen jetzt auch klar, daß der alte, der den Feindnamen Graf hatte, den Fremden herbeigeholt hatte. Denn es war ja ein Teufelsritter des Schwarzen, und vom Graf wußte man, daß er dem Verband angehört.

Bald kam Stimmung auf. Die Arbeiter hatten sich Verstärkung eingeschworen. Viele Verwundete wurden kontrolliert. „Auf den Hinteren!“ „Auf die Welt!“ — der Fremde hatte gewonnen.

Am anderen Morgen standen sämtliche Arbeiter des Betriebes vor dem Fabrikeneingang. Nicht ein einziger Arbeitsschläger hatte sich eingefunden. Sie arbeiten nicht mehr in der Fabrik. Die Herren wollten nicht wissen. „Auf den Hinteren!“ „Auf die Welt!“ — ja das war es, was die Herren kannte man vernehmen.

Nicht war möglich. Die Städte rückten nicht mit. Nur nicht die Männer. Und überflüsternd räumten sie in den fernen Himmel hinein. Am dritten Streittag kam ein Verbandssekretär und brachte die ersten Unterhändlergesetze. Da gab es die ersten entlaufenen Grüner. „He, he, Graf, kennt man die jetzt hören.“ „Der Verband ist ein starker Verbandsverein. Er bezweckt es ja deinen, daß wir die Herren begrenzen sollen, doch weniger, als daß die Herren für ihre Arbeit bezahlen.“ „He, he, Graf, kennt man nicht tun.“

Das Geld reichte kaum für die nächsten Tage zum Essen hinunter. Und was meinte man ja alles hier bezahlen, da der Betrieb, der keine Niederlage nicht verschmerzen konnte, keine Freunde mehr hat.

Sobald teilten sich die Streitenden in zwei Gruppen. Und eben überwogen die Arbeitsschläger diejenigen, die unterdrückt für die Fortsetzung des Streites waren. Zwei Versammlungen fanden am zweiten Streittag statt. Die Arbeitsschläger sagten unter dem Vorzeichen des Friedens und besiegeln einstimmig, den anderen, daß die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach die Streitende war damit einverstanden und war bereit, den Betrieb wieder in friedlicher Weise aufzunehmen.

## Arbeitsmedizinische Untersuchungen in der bayerischen Porzellanindustrie.

(Schluß.)

Die eingehenden Untersuchungen bis zum Kriegsende haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

Die Arbeit selbst unter diesen Staubeinwirkungen, in geschlossenen Räumen bei meist ungünstiger Körperhaltung, schlechter Wohnweise, unzureichende Ernährung und Lebensführung sind Quellen, die mit Tubercolose in engem Zusammenhang stehen. Daraus ergeben sich folgende Leitsätze:

1. Eine hohe Anfälligkeit der Porzelliner an Tubercolose wird von allen früheren Autoren anerkannt. Nach die umfangreichen eigenen Untersuchungen führen zu dem gleichen Ergebnis.

2. Die Ursache ist im Beruf selbst zu suchen. Staubarbeit in geschlossenen Räumen, ungünstige Arbeitsstellung, übernormale Temperatur.

3. Das Vorhandensein feinsten, gefährlichen Staubes ist erwiesen. Die Folge einer derartigen, im frühen Alter beginnenden Staubinhaltung sind Reizerscheinungen der Luftwege, die Staublunge. Sie disponieren in hohem Maße zur Tubercoloseinfektion.

4. Vertikale Unterschiede sind vorhanden. Je nachdem landwirtschaftliche oder industrielle Gegend vorherrscht, Alter der Industrie, Schäden der Lebensweise und Lebensführung.

5. Erlass besonderer Verordnungen zum Schutz der Porzellanarbeiter erscheint geboten.

Diese Ausschaffung wurde auch von anderen Autoren bestätigt. Sie wurde auch von einzelnen Autoren bestritten, die aber ihre Ausschaffungen auf viel zu kleinem Material aufbauten. Andere statistische Untersuchungen haben zu seinem abschließenden Urteil geführt, weil die Zusammenhänge zwischen Handlung und Tubercolose für den Augenblick noch nicht genügend geklärt erscheinen.

Um die noch bestehenden Zweifelsfragen restlos zu klären, hat der bayerische Landesarbeitsbeamte auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers 1926/27 nochmals 500 Porzellanarbeiter der Oberpfalz und Oberfrankens untersucht. Bei diesen Untersuchungen wurde zunächst darauf geachtet, ob und in welchem Umfang an den Staubveränderungen der Lungen bei den Porzellanarbeitern noch weitere Folgen von Bedeutung nachgewiesen werden können. Des ferner sollte auf die Komplikationen der Staublunge besonders geachtet werden.

Die Bedeutung der Staublunge liegt weniger in den objektiven Erscheinungen, die meist geringfügig sind, sondern mehr in den Folgeerscheinungen.

Es wurden 330 Männer und 170 Frauen untersucht; alles zuerst noch arbeitsfähige Personen, die eben vom Arbeitsplatz kamen und sich freiwillig meldeten. So sind uns keine franken Gemeldeten über als frank und invalide Gemeldeten geschickt worden. In jedem Fall flog sich an die gewöhnliche ärztliche Untersuchung eine Röntgenaufnahme an. Von den besonders bemerkenswerten Fällen haben wir photographische Aufnahmen gemacht. Wir haben unterschieden zwischen eigentlichen Porzellinern, die mit der Erzeugung des Porzellans selbst zu tun haben, das sind Massmüller, Dreher, Gießer, Formier, Hartigmacher, Garnier, Blasius und auch Brennhausarbeiter, ferner Nebenarbeiter als Maler, Druckerinnen, Sortierer, Pader und sonstige. Die Nebenarbeiter haben wir in kleinerer Anzahl zu Vergleichszwecken herangezogen.

Hinsichtlich der Altersklassen waren 83 Proz. im Alter von 20 bis 30 Jahren, über 50 bis 76 Jahre 15,2 Proz., unter 20 Jahren 1,8 Proz. — 27,4 Proz. waren bis zu 10 Jahren im Beruf tätig. 72,6 Proz. 10 bis 15 Jahre. Es handelt sich um reine Berufsjahre. Abschrechnet wurden die Arbeitsunterbrechungen durch Arbeitslosigkeit, Kriegsdienst und dergleichen. Beide Geschlechter waren in gleichem Prozentsatz anwesend. Das Berufsteller bei den Frauen weist eine schwächere Belegung auf in den höheren Arbeitsjahren. Der allgemeine Gesundheitszustand, das äußere Aussehen war nicht unüblich. Ernährungsverhältnisse und Kräftezustand nicht schlechter als die der übrigen ortsaufzügigen Bevölkerung. Nur wenige Untersuchten litten über unbedeutende gesundheitliche Verhältnisse, trug e-Krankheiten, ungünstige häusliche Verhältnisse oder körperliche Minderwertigkeit.

Die Ergebnisse waren:

Massmüller: Von 22 Untersuchten bei 14 kein Befund, bei 3 frankhafter Befund der Lunge bei gewöhnlicher ärztlicher

Untersuchung, bei 5 = 22,7 Proz. frankhafte Veränderungen röntgenologisch erwiesen.

Dreher, Gießer, Garnier usw. mit der Herstellung Scherbens beschäftigte; 157 Untersuchte. Bei 72 kein Befund, bei 85 frankhafte Veränderungen der Lunge, in gewöhnlicher ärztlicher Untersuchung. Bei 73 = 76,4 Proz. einwandfreier röntgenologischer Befund. Hochgradige Veränderungen bei älteren Arbeitern mit längeren Berufsjahren. Bislang es so, daß jüngere Arbeitnehmer bei gewöhnlicher ärztlicher Untersuchung der Lunge zeigen wie ältere Arbeiter.

Brennhausarbeiter: 85 Untersuchte. Bei 50 keine Veränderung, bei 30 frankhafte Befund der Lunge bei gewöhnlicher ärztlicher Untersuchung. Bei 25 = 29 Proz. frankhafte Veränderungen röntgenologisch erwiesen.

Kapselfräser: Von 14 Untersuchten waren 10 vollkommen gesund, 4 zeigten Lungenveränderungen bei gewöhnlicher ärztlicher Untersuchung, bei 4 = 28,5 Proz. frankhafte Veränderungen der Lungen röntgenologisch nachgewiesen.

Gipsformgießer, Formenmacher: Diese haben viel in allgemeinen Arbeitsräumen zu tun unter erheblicher Staubarbeit in beschädigten Räumen. Bei 19 kein Befund. Bei 10 frankhafte Veränderungen der Lunge, bei 6 = 20,6 Proz. frankhafte Lungenveränderungen röntgenologisch festgestellt.

Nebenarbeiter: Maler, Tegerns und dergleichen: 23 Untersuchten waren 8 vollständig gesund. Bei 15 geringerer Befund bei gewöhnlicher ärztlicher Untersuchung, bei keinem ein Befund.

Von 330 männlichen Porzellanarbeitern ergab die Untersuchung bei 73 keinen Befund, 157 zeigten Veränderungen an der Lunge bei gewöhnlicher ärztlicher Untersuchung. Bei 31,2 Proz. einwandfrei, röntgenologisch festgestellt.

Weibliche Personen wurden untersucht 170, dabei waren die älteren Jahrgänge gut belegt. Arbeiterinnen mit weniger als vier bis fünf Berufsjahren wurden nicht untersucht. Arbeit unterbrochen durch Wochenbett, Krankheit, Betriebsstilllegungen und dergleichen wurden nicht gerechnet.

Dreherinnen: Von 100 untersuchten Dreherinnen waren 64 gesund. Bei 38 zeigten sich bei gewöhnlicher ärztlicher Untersuchung frankhafte Veränderungen der Lunge, bei 30 wurden diese einwandfrei durch Röntgenuntersuchung festgestellt.

Glasiererinnen und Abstouberinnen: Von 49 Untersuchten ergab sich bei 23 kein Befund, bei 25 Veränderungen bei gewöhnlicher ärztlicher Untersuchung festgestellt. Bei 16 = 32,3 Proz. im Röntgenbild frankhafter Befund.

Brennhausarbeiterinnen: Die sechs untersuchten Brennhausarbeiterinnen waren gesund.

Paderinnen, Waderinnen: Von 16 untersuchten waren 14 gesund. Bei vier bei gewöhnlicher ärztlicher Untersuchung Veränderungen der Lungen, kein Röntgenbefund.

Von 170 Arbeitern waren 105 gesund, bei 65 in gewöhnlicher ärztlicher Untersuchung Lungenveränderungen festgestellt.

Bei 46 = 20,7 Proz. starke Veränderungen im Sinne der Staubbeschädigungen röntgenologisch erwiesen, am meisten bei den Glasiererinnen und Abstouberinnen, denn bei den Dreherinnen und Abstouberinnen, wenn bei den Dreherinnen 24,2 Proz.

Bei den männlichen Arbeitern sind einwandfrei 34,2 Proz. röntgenologische Lungenveränderungen festgestellt, bei weiblichen 20,7 Proz. der Fälle. Bei der Gesamtzahl der Untersuchten 23,8 Proz.

Gesamteinräge:

Bei Arbeitern, die erst wenige Jahre in der Industrie tätig waren, schlimme Veränderungen ganz oder waren nur geringfügig entwickelt. Mit zunehmenden Arbeitsjahren nehmen die Erscheinungen der Staubbeschädigungen sowohl hinsichtlich der Veränderungen der Lungen, als auch in klinisch röntgenologischer Beziehung zu. Deutlich zeigte sich das besonders bei älteren Arbeitern, auch wenn die jüngere Zeit beruflich tätig war. Die Selbststeirigungskraft der Lunge ist bei älteren Leuten nicht mehr so wirksam wie bei jüngeren. Bei älteren Arbeitern zeigt es sich besonders deutlich in der röntgenologischen Untersuchung. Was bisher die ärztliche Untersuchung nicht feststellen konnte, die Unterdrückung zwischen Staublunge und Tubercolose ist bei Röntgenuntersuchung und Röntgenphotographie möglich. Sie steht aber sehr erfahrene Röntgenologen voraus. Die Veränderungen sind manchmal so zweideutig, daß sie nur von ganz erfahrenen Röntgenologen einwandfrei deutet werden können. Man kann drei Stadien der Staublunge unterscheiden.

1. In beiden Lungenzellslächen gleich große weiche Schattenstücke von der Größe eines Stecknadelkopfes, besonders in den mittleren Partien der Lunge, gelegentliche Zeichen eines chroni-

sch. Wochen gingen ins Land. Alles blieb beim Alten. Und die Sklaverei wurde mit jedem Tage drückender. Mit frecher Vitalität ließ die Werkleitung die Arbeiter ihre unruhige Niederlage merken. Gedruckt, mit zusammengebissenen Zähnen und geballten Fäusten gingen die Helden des Kampfes ihrer Arbeit nach.

Da kam der Berg erneut an ranzen... Der Berg, der seitens das in der Fabrik sassen konnte, hatte die Werkleitung auf das Ungeschickliche, in ihrem Betrieb keinen Vertrieb zu dulden, hingewiesen, und die schärfsten Abwehrmaßnahmen angekündigt. Jünger, nach lauem Sträßchen gab die Direktion nach und legte eine eigene Vorblagsliste aus. Die einberufenen Betriebsversammlung verwarf die und brechte neue Vorblags heraus — zum Schrecken der Direktion aller Betriebsmitglieder.

Die Betriebsräte begannen mit ihrer Arbeit. Unter Gewalt nunmehr in seinem Element und zwang der Direktion manches Zugeständnis ab.

Bei Neuerrichtung war er streng daran bedacht, nur organisierte Kollegen zu empfehlen. Kam dennoch ein unorganisierter, wurde es ihm zur Pflicht gemacht, sofort dem Verband beizutreten.

Nun war es an der Zeit, die erlittenen Schäden des ersten Streites gutzumachen. Die Mehrheit waren organisierte Kollegen.

Die Direktion war sich diesesmal ihrer Sache nicht gewis und machte im voraus halbe Zugeständnisse. Groß lehnte sie im Auftrage der Belegschaft ab. Und der Streit begann. Und der Vertrag, wieder Einstimm zu gewinnen. Vergebens. Über Nacht wurde er orn — er verlor seine Heimat. Am Ende sah sich ein starker Konkurrent nieder — das Unternehmen der Brüder, der Sonnenuntergang, eröffnete im Dorf eine Filiale. Verachtet, von keinem Hunde mehr bekannt, verließ der Pader den Ort seiner bisherigen Wöhreien...

Nach dreimäßigem, hartem Kämpfen war der Streit beendet, und die Arbeiter zogen siegreich im Betrieb ein. Und ein neues Leben begann...

Wohl schuberten die Arbeiter die vollen Hemdenäste, neihen Frauen und Mädchen die zerissen Säcke, standen schwitzgebadete Künslinge vor der sangenden Blut der Löwen oder andere fühlten die Klinkerwagen... aber der Berg wollte...

Wohl das friedliche Land zogen die sommerschlauen Wollen weiter, oder es jagten schneeschwangere Heken... gleichmäßig aus allem heraus sendete ein Stern fröhlicher Werbung, ein Stern, der in naher Zukunft über dem Schlachtfeld der Mutterföft den Sklaven des Kapitals ewig lebendig verblieben soll; Friede sei mit euch!

Nicht eine Fahne wollte ich erzählen. Was ich erzähle, habe ich der Wirklichkeit abgelöst, da ich selbst unter diesen Streitenden stand; es war einstimmig die Hochzeit, die mich mit dem Sozialismus vermaßte und mich bestimmte, mein Leben lang das Lied der Armut, das der Unterdrückten und Ausbeuteten zu singen...

ischen Katarakt, Veränderungen des Rippenskeletts, klinische Beleidigungsbeschwerden meist nur geringfügig oder nicht vorhanden.

2. Größere kleine flegmatische Beschattung in der Mitte des Lungengebietes in Schmetterlingsflügelform, meistens beiderseitig, rechts oft stärker als links. Veränderungen im Lungenwurzelgebiet klinisch keine Beschwerden oder mögliche Kurzatmigkeit, häufiger Husten.

3. Große Flächen-Schatten im mittleren Lungengebiet, begleitet von Spiegelverschattungen, schwielige Verdickungen, Veränderungen des Bruststerns. Klinische Beschwerden wie unter 2 in gesteigertem Grade. Meistunter stärkere Beschwerden ohne Beweis, dann auch wieder geringere Beschwerden, trotz schwerem radiologischem Befunde. Bei Staubbung ist das eine bekannte Tatsache. Nach mehr als fünf Arbeitsjahren, zunehmend mit den Arbeitsjahren, sind zunehmende Veränderungen der Lunge nachgewiesen.

Natürlich auch verschieden, gelegentlich mit weiteren Komplikationen. Tuberkulose vermischt mit Staubbung. Lungenfibrose wie beschrieben. In fortgeschrittenen Erkrankungen Erweiterungen des Kreislaußes der Organe, Stauungen im kleinen Lungenkreislauf, der zurückwirkt auf die Tätigkeit des Herzens, Bläue des Gesichtes, Stauungen, Katarakt der Lunge. Die Empfindlichkeit gegen Ansteckung der Lunge ist erhöht. Die Tuberkulose ist seltener als man erwartet hat, das kommt wohl davon, daß man in der Hauptfase die Leute vom Arbeitsplatz weggeholt hat, unter denen sich nicht eine größere Zahl von Kranken befinden konnten. Bei den älteren Porzellinern zeigte sich chronisch verlaufene Tuberkulose und Wiederentzündung. Es empfiehlt sich, weniger von Tuberkulose als von Lungenleiden, Lungenfibrose, zu reden, gleichgültig ob das Leiden auf Tuberkulose beruht. Versicherungsrechtlich besteht kaum ein Unterschied. Die Staubbung in Verbindung mit Tuberkulose ist nicht selten. Bei genauer klinischer Untersuchung kann die Diagnose Staubbung oder Tuberkulose immer gestellt werden. Die Tuberkulose zeigt sich häufig mit Neigung zur Vernarbung, verbunden mit Wiederauflösung des Prozesses. Galoppierende Schwindsucht mit hohem Fieber und rasch fortschreitendem Verfall wurde bei Porzellanarbeitern nicht beobachtet. Diese langsame Verlaufform wird in Zusammenhang gebracht mit dem Silikatgehalt des Porzellanschlusses.

#### Schlussfolgerungen:

1. Jugendliche sind vor Erreichung einer gewissen körperlichen Reife vom Porzellanberufe fernzuhalten. Berufliche Verunsicherung ist notwendig.

2. Kräfte mit offener Tuberkulose sind anzusondern.

3. Die Porzelliner sind in regelmäßigen Zwischenräumen von erfahrenen Arzten zu untersuchen, Kräfte und Staubbegradigte sind anzusondern.

4. Späterscheinungen der Staubbung sind auch in Verbindung mit Tuberkulose in die Liste der Verordnung vom 23. Mai 1925 über Berufskrankheiten einzunehmen und zu entshädigen.

5. Im Hinblick auf die Selbstreinigung des Körpers ist beschränkte Arbeitszeit, Urlaub u. dgl. von großer gesundheitlicher Bedeutung.

6. Hygienischer Ausgestaltung der Betriebe, der Staubbegradigung, ist besondere Bedeutung zu schenken.

7. Zusatz ergeben sich auch ernste Forderungen für die Arbeiter selbst.

1. Großartige Reinigkeitsstunnen am Körper, in der Kleidung, in den häuslichen Verhältnissen.

2. Freizeit in gesundheitsfördernder Weise zu verbringen.

3. Alkohol und Nikotin sind zu meiden.

4. Zur Stärkung der Selbstreinigungskraft Aufenthalt in freier Luft in der arbeitsfreien Zeit.

#### Blechhammer.

In der Porzellanfabrik Bernhardshütte in Blechhammer äußern sich in letzter Zeit Dinge ein, die den guten Ruf der Firma nicht verstören werden. So ist im Brennhaus ein Arbeiter, der in der Zeit der Gallation, wo alles den Mund austrieb, auch einer von denjenigen war, die jeden Unternehmer mit Haut und Haaren verpesten wollten. Nachdem er nun zum "Ober" aufgerückt ist, scheint er sich zum Gegenteil zu entwickeln, was ja bei solchen Elementen fast immer der Fall ist. So hat er u. a. einem anderen Arbeiter, der eine Aufzettelung hatte und diese ihm etwas bei der Arbeit behinderte, erklärt, er solle sich einen Strich holen und anhängen. Einem weiteren, gern gehörnischen Ausdruck dieses "Obers" wollen wir auch unseren Kollegen aus Kollegen nicht vorwerfen, da dieser so recht das Leben seiner Artgenossen kennzeichnet und beweist, wo er geboren und großgezogen ist. Nach seinen eigenen Aussagen hat er vor dem Krieg mit Obers gefahren, aber jetzt arbeite er mit lauter Obers zusammen.

Der Kürma wäre sehr zu raten, dem Mann doch dazu zu verhelfen, daß er wieder in dem ihm zustehenden Beruf zurückkehren könnte. Denn in einer Porzellanfabrik kann man nur dachleute gebrauchen.

Wir hoffen, daß die Firma den Brennhausarbeiten den Wunsch erfüllt, der sich sicherlich zum Besten des Betriebsenstandes auswirken wird.

#### Blankenhain.

Wie im übrigen Deutschen Reich haben auch unsere Kollegen und Kolleginnen in Blankenhain in Thüringen den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert. Das hat den mit noch schriftmässigeren Allüren ausgerüsteten Direktor Böck der Firma C. & E. Carstens, der auch zugleich Direktor in Gorau ist, nicht ruhen lassen. Am 2. Mai sprach Herr Böck die Belegschaft ans und gab durch Anspruch bekannt, daß sich alle, die den 1. Mai gefeiert haben, ihre Papiere abholen können. Herrn Böck gebührt als Einzigem in der feinporzellanischen Industrie der Stubm, sich aus dieser Weise gerächt zu haben. Stolz braucht er auf diese Großtat nicht zu sein. Die Arbeiter können aus dem Vorgang entnehmen, daß in Blankenhain die C. & E. Carstens die Jußstände nicht zur Arbeitsannahme reizen.

#### Zieglerkonferenz für den Saar XIII.

Kollege Heinrich eröffnet die Konferenz am 15. April 1928 in Frankfurt a. M. mit der Bekanntgabe der

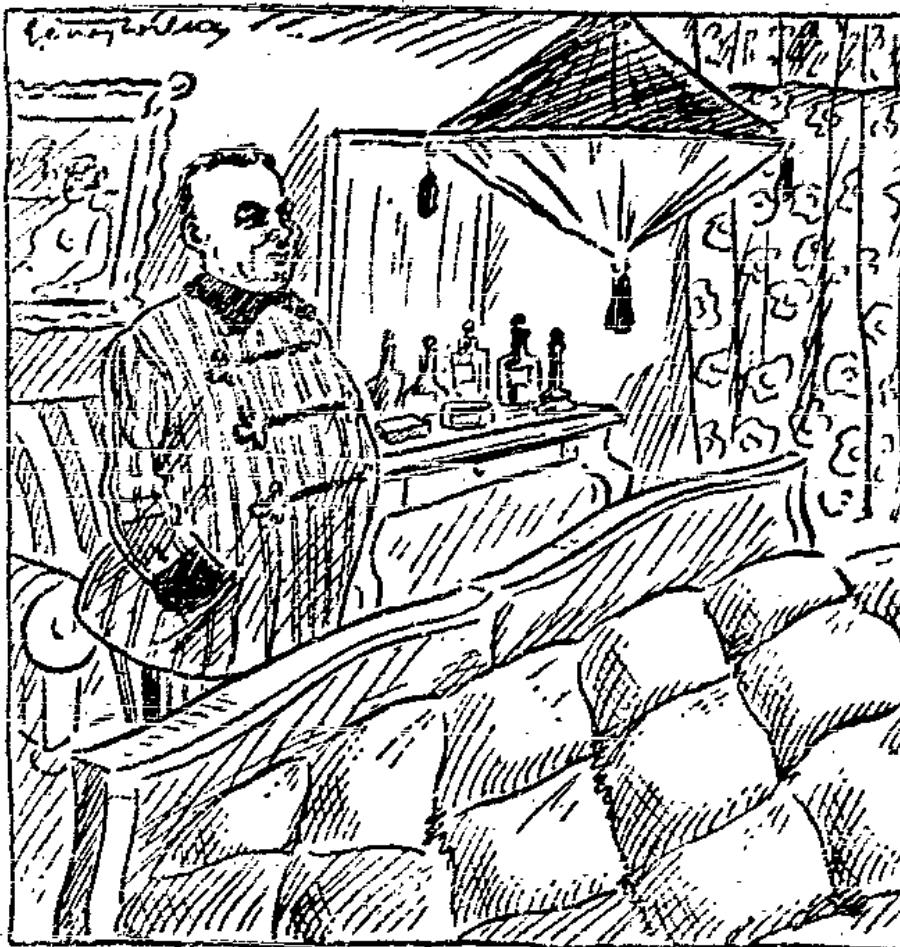
##### Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlung des Manteltarifes.
2. Stellungnahme zum Neuaufschluss der Lohnarife.
3. Verschiedenes.

Der Kollege Mühl von der Gauleitung erhält das Wort zum Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen über den Manteltarif.

Einleitend weist der Redner auf die gut ausgebaute Befreiung des Mantel- und Lohnarifes hin. Mit der Stärkung und Abrundung des Landesverbandes der Zieglerindustrie kommen auch die Hemmungen bei den angestrebten Verbesserungen. Dann kam erschwert die Stellungnahme des Syndikus des Arbeitgeberverbandes, der gleichzeitig Direktor eines größeren Werkes ist, und sich bei seinen Handlungen nur von seinem betrieblichen Standpunkt leiten läßt. Auch die Einstellung der Arbeitgeber und der Zieglerarbeiter, die aus allen Hainen Deutschlands kommen, zum Tarifvertragsgedanken, ist nicht einheitlich. Ende des vergangenen Jahres entstanden Differenzen aus den unklaren Befreiungen des Mantelarifes, deshalb

## So wohnen sie



### die Muhmicker

### die Gewinnbringer

#### der Ziegelerindustrie.

wurde die Kündigung ausgesprochen. Verhandlungen mit dem Landesverband verließen ergebnislos. Die Kündigung des Mantelarifes wurde in beiderseitigem Einverständnis am den 29. Februar 1928 verschoben, um vorher eine Einigung herbeizuführen. Die Arbeitgeber hatten den Wunsch, Verhandlungen einzuführen, und haben auf ihrer Generalversammlung in Bad Neuenahr dazu Stellung genommen. Eine nochmalige Verhandlungen föhlte die Arbeitgeber den Mantelarif, und schon wenige Tage später rief der Syndikus des Landesverbandes den Darmstädter Schlichtungsgericht für die Untergruppe an, mit dem Willen, die Zieglerarbeiter einen wesentlich ungünstigeren Mantelarif zu bringen.

Für den Breisacher Bezirk, der noch abseits vom Landesverband steht, wurde Ende des vergangenen Jahres ein Mantel- und Lohnarif geschaffen, der in beiden Teilen wesentlich schlechter ist als der vorherige. Die Ursache dafür liegt in dem sehr schlechten Organisationssteholniss der Ziegler. Der Syndikus verlangte diesen Vertrag auch für die Darmstädter Gruppe, um ihn eventuell auch für das ganze Gebiet des Landesverbandes zu übernehmen. Unsere vorgebrachten Einwände waren durchdringend und führten zur Zurückweisung. Der Schlichtungsausschuss beauftragte die beiden Parteien, daß sie erst noch einmal zentral verhandeln sollten.

Bei den Verhandlungen am 17. März in Marburg beharrte der Landesverband auf seinem Standpunkt, daß sich der neue Mantelarif dem Breisacher Vertrag anpassen müsse. Wir haben es mit Erfola abgesehen, soziale Verschlechterungen im Mantelarif zu übernehmen. Nach einem dramatischen Zwischenfall im Arbeitgeberlager wurde beschlossen, den alten Mantelarif bis 31. März 1928 zu verlängern, ebenso das Naunheimer Abkommen. Eine redaktionelle Umarbeitung zur Befreiung der Unklarheiten soll stattfinden, jedoch ohne daß materielle Vor- oder Nachteile für eine Partei entstehen. Trotz verschiedener Widerständigkeiten ist unser Mantelarif immer noch als einer der besten für die Zieglerarbeiter Deutschlands zu bezeichnen. Bei Günterstreitigkeiten sollen die tariflichen Schlichtungstellen als Söhneinstanz im Sinne des § 91 und folgende des Arbeitsgerichtsstaates achteln. Erst dann kann das Arbeitsgericht angetreten werden. Bei der Vergütung des Urlaubs heißt es nicht mehr „durchschnittliche Arbeitszeit“, sondern „täglich tägliche Arbeitszeit“. Für Überstunden werden von der 48. bis 54. Stunde 10 Pf. für die 55. Stunde an 25 Pf. Aufschlag pro Stunde bezahlt. Bei Akkordarbeiten kommt der entsprechende Aufschlag nicht auf die Akkordpreise, sondern hier kommt derselbe Aufschlag wie beim Stundenlohn in Frage.

Die meisten Differenzen aus dem Mantelarif und den Befreiungen aus dem Arbeitszeitabzug waren in dem Darmstädter Bezirk, der unter dem Einfluß des Syndikus des Arbeitgeberverbandes steht. Jetzt bestehen noch allgemeine Streitigkeiten in der Anstellung der Bad Neuenahrer Vereinigung nach § 4 des Arbeitszeitabzuges, da die Arbeitgeber nicht mehr zu ihrer in Marburg vereinbarten Frist liegen.

Der alte Mantelarif besteht also weiter. Nun gilt es, herauszubauen, was herauszubauen nur möglich ist, trotz aller Unklarheiten und Widersprüchen, die zu beseitigen sich die Arbeitgeber mit ihrem Syndikus weigern.

In der Diskussion spricht nur der Kollege Edelmann. Kollege Mühl verspricht in seinem Schluswort, die Zieglerkollegen mit Rat und Tat bei der Errichtung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

Beim Punkt 2: Neuaufschluss von Lohnarifen, benutzt Kollege Mühl als Beimotiv die Worte: „Lohnfragen sind Machtfragen.“ Lohnhöhung kann man nur erringen, wenn die Zieglerarbeiter die Tore geöffnet haben und in vollem Betrieb sind. Es ist Auftrag Löhne für Zieglerarbeiter abzuschieben, wenn diese noch in der Heimat sind. Das Ergebnis der bisherigen frühzeitigen Abschläge zeigt dies recht deutlich. Wenn wir Lohnabschläge erreichen wollen, muß zuerst das Ordnungsverhältnis gut sein. Es ist auch unmoralisch, wenn Naarbeiter mit ersten wollen, wo sie nicht gelassen haben. Außerdem haben sie, solange der Tarif nicht für verbindlich erklärt ist, keinen Rechtsanspruch auf den Tariflohn. Die Löhne der Autarkie müssen nicht der Frankfurter Lohnhöhe angepaßt werden, da sich das Wirtschaftsverhältnis mehr und mehr zum Schaden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auswirkt. Außer Preisen muß sein, wie in anderen Berufen, ein Bezirkslohnabschluß zu schaffen mit wenig Ortslosen und Lohnstufen. Zeigt ist unter Augenmerk darauf zu richten, daß die Erhaltung der bestehenden Lohnabschläge nicht größer, sondern kleiner wird.

In der Diskussion beteiligen sich die Kollegen Heinrich, Edelmann, Mühl, Traber, Baer, Mundt, Gode.

Am Schluswort teilt der Kollege Mühl mit, daß er nicht die Beschriftung hat, daß die Lohnverhandlungen vereinfacht werden. Sollte es nicht zum Abschluß eines Vertraglohnabschlusses kommen, dann möchte die Gauleitung aber bei dem einzelnen Lohnabschluß mit beteiligt sein.

Unter „Beschiedenes“ erwähnt Kollege Edelmann, bei weiteren Konferenzen mehr die Betriebsräte aus den Betrieben zu berücksichtigen.

Kollege Heinrich schließt die Konferenz mit dem Wunsche, daß die Kollegen alles anbieten mögen, um auch den letzten Zieglerkollegen für unsere Organisation zu gewinnen, damit wir mit unserer Macht die Lohnfrage zu unseren Gunsten gestalten können.

Der Schriftführer: A. Heinrich.

#### Ziegler-Konferenz in Dortmund.

Zum 29. April 1928 hatte die Gauleitung des Gau 16 zu einer Konferenz nach Dortmund aufgerufen. An die 100 Mitglieder kamen von allen Bezirken zusammen, um zu erfahren, was auf Grund der Verhandlungen in der Zieglerindustrie bisher erreicht wurde.

Kollege Gundlach führte den Vorsitz und wies auf die Bedeutung der Konferenz hin. Er begrüßte die erschienenen Kollegen, darunter Elzner-Berlin und Heering-Düsseldorf.

Ferner drückte er seine Befriedigung darüber aus, daß die Kollegen so zahlreich erschienen waren.

Zur Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Kollegen Elzner. 2. Bericht über die Tarif- und Lohnverhandlungen in der Zieglerindustrie. Gauleiter Heering. 3. Wahl des Delegierten für Großberlin zum Bundestag nach Leipzig. 4. Verschiedenes.

Als erster Redner gab Kollege Heering Vortrag von dem Ergebnis der bisher geslogenen Verhandlungen. Danach stellten die Arbeitgeber unausnehmbare Bedingungen und verfügen mit allen Mitteln, der Zieglerarbeiter Verhandlungen aufzuzwingen. Der Mantelarif konnte zum Abschluß gebracht werden, wenn auch das Ergebnis nicht in allen Teilen befriedigt. Immerhin aber zeigte er für den Fortschritt unserer Bewegung und gibt auch Anlaß, einmütig an der Ausgestaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Unsere Absicht für die beiden Gauebezirke Köln und Düsseldorf gemeinsame Lohnabstiege abzuschließen, wurde von den Arbeitgebern sabotiert. Wir müssen besonderen Wert darauf legen, bei den kommenden Verhandlungen Löhne abzuschließen, die es ermöglichen, daß der Lebensunterhalt mit ihnen bestreiten werden kann. Wir fordern in der Spitze für Facharbeiter 96 Pf., für Angelernte 89 Pf. Sowohl die Arbeitgeber wie auch der Schlichter hatten für unsere Forderung nicht das notwendige Verständnis. Die Arbeitgeber aus Köln wollten sogar einen Abbau des bisherigen Lohnes um 10 Pf. Da keinen Zuständigen Ausführungen wies Kollege Heering darauf hin, was nun in Abrechnung der Verhältnisse und nach Sachlage der Dinge zu tun sei. Sein Vortrag klug dagegen, daß in Abrechnung der Haltung der Arbeitgeber sich mehr wie bisher die Zieglerkollegen zusammenzulegen müssen und unentwegt daran zu arbeiten haben, daß auch der Letzte der in der Zieglerindustrie Beschäftigten dem Kommissionen Büro als Mitglied beitrete.

Die daran anschließende Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft und zeigte den tiefen Willen der Arbeiterschaft über das Verhalten der Arbeitgeber. Allgemein kam zum Ausdruck, daß man die Haltung der Arbeitgeber nicht vergessen und daß man der Mahnung des Kollegen Heering entsprechend arbeiten müsse.

Kollege Elzner betonte in seinem Vortrage, daß die gegenwärtige Haltung der Arbeitgeber der Zieglerindustrie nur verantlosse, mehr als einmal zusammenzutreten und Verhandlungen zu lassen, was in der Zukunft geschehen sollte. Er zeigte in seinen Ausführungen das Endziel der Organisationsarbeit auf und betonte: Vorst man in der Lage ist, Stein auf Stein zu setzen, man das Fundament eines Hauses sicher vermauern müsse. Die Verhandlungen zu letztem sei nahezu erfüllt, und es ist Aufgabe der Zieglerkollegen, restlos und unermüdlich an dem Aufbau ihres Organisations zu arbeiten. Wenn der größte Teil der Ziegler organisiert ist, dann ist es auch für die Führer nicht schwer, dem Machtwillen ihrerseits den nötigen Nachdruck zu verleihen. Nicht Reden, sondern Taten beweisen. Es ist der Arbeiterschaft bitter ernst, menschendienende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Zusicherung, daß der Hauptvorstand die Bewegung der Zieglerarbeiter nicht besonders verfolgt und Unterdrückung angelebt, läßt, wurde stürmisch begrüßt. Die audiologenden Medien unterstrichen in ihren Ausführungen die Anregungen des Kollegen Elzner. Einmütig kam zum Ausdruck, daß nach all den Diskussionen, welche die Arbeitgeber im Laufe der Jahre ihrer Arbeiterschaft haben angedeihen lassen, diese Arbeiterschaft gewiß ist, mit allen organisatorischen Maßnahmen ihr Recht zu erlösen.

Mit dem Aufruf, unentwegt und durch nichts einschüchtern lassen, zu ihrer Organisation zu stehen und zu verhindern, gemeinsam das Ziel zu erreichen, das uns vorschwebt, selbst unter Hinterfragung der Personen, klobt Kollege Elzner seine Ausführungen.

Als Delegierter zum Bundestag nach Leipzig wurde mit Stimmenmehrheit Kollege Bügner-Dortmund gewählt.

Mit Erledigung dieses Punktes sondierte die von ihm gewählten Geist getragene Konferenz ihr Ende. Mit den Worten herzlichen Dankes für die Mitarbeit aller Teilnehmer und mit der Wohnung, daß hier Gebürtige in die Tat umzusetzen, schloß Kollege Gundlach die Konferenz.

Ernst Gösselsfeld-Essen.

NB. Durch Herausgabe eines Rundschreibens scheint der christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband die bis jetzt bestehende Einigkeit in der Durchführung der Lohnbewegung durchbrechen zu wollen. Um nicht den Arbeitgebern das Schwinden der Einigkeit zu geben, unterlassen wir es zu erzählen, auf die Ausführungen des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes einzugehen. Jeder Zieglerarbeiter wird sich über diese unanberührte Agitationsweise der Christen sein eigenes Urteil bilden.

## Kein Zieglerparadies.

Jeder Ziegler hat das Bestreben, nach dem langen Winter wohnende Arbeit zu finden. Wie er hierbei momental geschützt werden kann, soll folgender Fall beispielhaft sein.

Der Ziegeleibetrieb der Firma C. Deilmann, Berg- und Eisenbau, Kahl, Betrieb Lößtinghausen, wird von einem Ziegelmester mit Namen Friedrich Käfer geleitet. Dieser Herr, genau so ein Kreis des Kapitals wie die Ziegler es nun auch mal fassen sind, nur mit dem Unterschied, daß er seine Arbeit in Schips und Krägen verrichtet, glaubt, die Arbeiter auf jede Art drangsaliert zu können. Im Sommer vorigen Jahres kam eine sogenannte Brämienvereinbarung aufstehen, nach der über eine bestimmte Normalleistung hinaus eine feste Brämie gezahlt werden mußte. Dieses Abkommen, das unfürbar bis 1. Oktober 1927 war, mußte im vergangenen Jahr durch zwei Arbeitsniederlegungen erstmals und verteiltig werden. Im Winter hat die Firma es dann verstanden, die Brämiensätze so zu reduzieren, daß in diesem Frühjahr bei neuen Verhandlungen das Angebot der Firma weit unter den vorjährigen Säulen blieb. Längere Zeit versuchte die Firma ihren Willen durchzusetzen, doch die Ziegler wollten das Angebot der Firma (les: des Meisters) nicht annehmen. Einer nach dem anderen suchte sich andere Arbeit. Um diesen, der Firma sicher nicht angenehmen Zuständen ein Ende zu bereiten, befahl der Meister, eine Wahlkommission zu wählen. Ein Wahlvorstand zur Betriebsratswahl ist bis heute nicht ernannt. Auch ein Kollege hatte, wenn man es so nennen darf, das Glück, in diese Kommission gewählt zu werden. Schon am anderen Tage erschien der Vertreter der Firma, ein Herr Peters, und machte seine Vorschläge. Darin waren die Fortberungen unserer Kollegen zu wenig berücksichtigt, einzelne Gruppen überhaupt nicht. Unsere Kollegen machten den Herrn darauf aufmerksam, daß bei solchen Summungen die Verhandlung abbrechen müßten, und haben sie auch abgebrochen. Hierauf geriet der Meister in Wut und versuchte, einen Kollegen am nächsten Tage gehörig auszukratzen. Bei den übrigen Kollegen wurde er von ihm angeklagt. Der Kollege sei ihm zu "radikal". Radikal sind bei Herrn Käfer alle Arbeiter, die sich nicht scheuen, ihm die Wahrheit ins Gesicht anzulügen. Niebradikal und hezzen hat Herr K. keine eigene Auffassung. So ist zum Beispiel nach seinen Worten der "Wirtmunder Generalanzeiger" ein Hezblatt. Seine Auffassung über unser Verbandsorgan, den "Keramischen Bund", hat er vor schäfigerweise nicht geäußert. Dabei ist etwas radikal noch nicht so schlimm wie brutal. Einem Arbeiter von 19 Jahren anzubieten, ihm mit einer Eisenstange in die Nasenlöcher zu stoßen, ist doch geradezu brutal. Er schenkt sich nicht, gegen einen 60jährigen Brenner unwahre Behauptungen aufzustellen, die er noch nicht entgegennehmen möchte. Vom Brenner selbst hat Herr K. nach seiner eigenen Aussage keine Abnung (wenn er wenigstens von den anderen Arbeiten eine Abnung hätte, ginge es ja noch), aber stänkern und nörgeln den ganzen Tag, das ist in Lößtinghausen an der Tagesordnung. Geradezu ein Hobby ist es, daß er den Kollegen noch erklärt, er ziehe mit ihnen an einem Strick. Sich ein Urteil über solch einen Meister zu bilden, sei der Zieglerfamilie überlassen. G. R.

## Lohnschiedspruch in der Rheinischen Ziegelindustrie.

Nach erfolglosen Verhandlungen ist es vor dem Unparteiischen unter Mitwirkung von Vertretern der Betriebsparteien zu einem Schiedsspruch gekommen, der folgendes festlegt:

1. Facharbeiter pro Stunde . . . . . 84 Pf. = 100 Proz.
2. Angelernte Arbeiter pro Stunde . . . . . 78 Pf. = 94 Proz.
3. Angelernte Arbeiter pro Stunde . . . . . 72 Pf. = 86 Proz.
4. Jugendliche nach dem bisherigen Schlüssel.
5. Leistet der Jugendliche, mit Ausnahme des Kreiskorrespondierers, die Arbeit eines Vollarbeiters der Gruppe 1; 2 und 3, so erhält er den Lohn der betreffenden Gruppe, insofern er beschäftigt wird. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Betriebsleitung mit der gesetzlichen Arbeitnehmervertretung.
6. Kreiskorrespondient über 18 Jahre erhalten den Lohn der Gruppe 3.
7. Zu Gruppe 1 heißt es in Zukunft: Brenner und Ofenarbeiter, welche nicht selbständig arbeiten können, fallen unter Gruppe 2.
8. Der Sohn des alten Vertrages, soviel Arbeiter von 18 bis 20 Jahren 90 Proz. des Lohnes der Gruppe 2 erhalten, sofern sie die Arbeitsleistung eines Arbeiters dieser Gruppe verrichten, sowie der Sohn des alten Vertrages, wenn er Jugendlicher bis 18 Jahren ohne Rückflucht auf die Arbeit die sie verrichten, nach ihrem Alter bezahlt werden, ist gefürchtet.
9. Der Vertrag gilt vom 26. April 1928 bis 31. März 1929.
10. Vertragsmaßnahmen bis 2. Mai 1928, 12 Uhr, vor dem Unparteiischen.

In einer Zieglerversammlung am Mittwoch, dem 25. April 1928, wurde beschlossen, eine Urabstimmung auf den Ziegeleien vorzunehmen, und am Sonntag, dem 29. April, in einer weiteren Versammlung die Beratung fortzuführen. Die Lohnsteigerung ist, gewesen an der Schwere der Arbeit und unter Berücksichtigung, daß die Arbeit als Saisonarbeit zu betrachten ist, zu gering. Für die Gruppe 1 der Facharbeiter beträgt die Erhöhung 7 Pf. pro Stunde für die Angelernten und Angelernten 6 Pf. pro Stunde. Die Brenner sind sehr unzufrieden mit dieser Regelung, da die Entgelte im vorigen Jahre für die selbständige Arbeitszeit schon wesentlich gestiegen sind, und erzielen der 2 Pf. nur 1 Pf. pro Stunde mehr bekommen haben wie die Arbeiter der Gruppe 2 und 3. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Ablehnung des Schiedsspruches im ganzen Tarifbereich erfolgt.

Die Arbeitnehmer wird gut tun, sich für den Tarif zu rüsten, und sich tapfes dem Keramischen Bund anzuschließen. R. Hettwig.

## Zur Streiklage in der Zementindustrie Westfalens.

Seit 26. 4. d. J. steht in der westfälischen Zement-Ind. ca. 500 Betriebsarbeiter in Kursch um höhere Löhne. Da der schwerenstrittenen Blöters "Zementberatung" nun wird, anfeindend von Betriebsarbeiterseite, gegen die Streikenden Strafmaßnahmen getrieben. Der Betrieb und die Produktion sollen fast in neueriger Richtung bewegen. Wie das der Fall sein soll, bleibt wohl das Gesamtmaß der in Zementfabrikationen tätigen Streikenden bestimmen. Lediglich die Angelernten, die Zieglerarbeiter, verrichten Streikarbeiten, indem sie zuständige Betriebsarbeiter lassen. Es wird noch abgewartet, ob diese Angestellten Mitglieder irgendwelcher gesetzlich anerkannter Freikirche sind. Der Betrieb bereitet seitdem 12 Proz. vor.

Der Betriebsarbeiter, wie in einer Notiz der "Betriebsberatung" Nr. 102 v. 2. 5. mitgeteilt wird, kann seine Rechte hin, weil die Arbeitnehmer in den Betriebsfirmen selbst im Kriegsfall.

Da der fraglichen Notiz der "Betriebsberatung" wurde ja ausdrücklich die Lage für die Streikenden immer ungünstiger gestellt.

Wahrscheinlich glauben die Unternehmer, sieled. Platten, den streikenden Betriebsarbeitern lange machen zu können. Da sind sie aber auf dem Holzweg. Die Situation ist heute eine andere als Anfang 1924 und Ende 1928, wo die Arbeiterschaft durch die Inflation geschwächt und gemürtzt war; und die Arbeitgeber glaubten, einseitig alle Verhältnisse regeln zu können, wie sie es für gut befanden.

Etwas absurd ist in der hez. Notiz der Hinweis, daß im Hinblick auf den eh. Streik Zementdepots in Holland angelegt seien, deren Vorräte jetzt wieder als Reserve nach Deutschland gebracht würden.

Grimmungsmache, — weiter nichts. Mit 9 anderen außerhalb des Zementverbandes stehenden Werken sind bereits Verträge abgeschlossen, welche Stundenlöhne bis zu 95 Pf. vorsehen. 2 Werke sind dabei, bei welchen nur ein Einheitslohn von 95 Pf. festgelegt ist und ein Akkordvertrag von 11,50 RM pro Schicht vertraglich garantiert wird. Auf Grund dieser in freien Vereinbarungen gestandenen Abmachungen glaubt die Zementarbeiterchaft, daß auch die Betriebsfirmen in der Lage sind, bedeutend höhere Löhne, als bisher zugestanden wurden, zahlen zu können und daß nur höherer Wille der Arbeitgeber den Wirtschaftslauf in der westfälischen Zement-Industrie verschuldet hat. ... m...r.

## Aus dem Verbandsleben.

Ein Geschäftsjähriger.

Der Kollege Bernhard Heering, Gauleiter unseres Verbandes, im 16. Bau mit dem Sitz in Düsseldorf, konnte am 9. Mai seinen 60. Geburtstag feiern. Er wurde am 9. Mai 1868 in Emmerich geboren und schlug sich wie alle Arbeiter hart durchs Leben. Im Jahre 1919 wurde er in die Gauleitung in Düsseldorf berufen und übernahm dort die Branche Chemie sowie die Haushaltsgeschäfte. Die Verhältnisse waren seinerzeit sehr kompliziert. Die Heeresentlassenen verlangten Arbeit, sie bedurften der Auflösung, und das mußte vor sich gehen im abgeschworenen Westen, wo die Besatzung regierte. 1923 wurden die Verhältnisse durch die Hubbelebung im dortigen Gebiet noch schwieriger. Über Kollege Heering zeigte sich den Dingen gewachsen. Trotzdem die Arbeiterschaft der chemischen Industrie jenes Gebiets wenig gewerkschaftlich geschützt war, trotzdem sie keine gewerkschaftliche Geschlossenheit verband, stand Kollege Heering seinen Mann und führte das Häuslein Getreu über alle Klippen hinweg, ohne an der Sache zu zweifeln, und ohne Müde zu werden.

Kollege Heering hat als Mensch in der Zeit seiner Tätigkeit sehr gute Eigenschaften erkennen lassen und erfüllte als Funktionär des Verbandes seine volle Pflicht und Schuldigkeit unter schwierigsten Umständen in höchstem Maße. Diese Anerkennung wünschen wir ihm zu seinem 60. Geburtstag auszusprechen. Wir gratulieren ihm herzlich und wünschen ihm noch weiter volle Gesundheit und erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Organisation.

## Düsseldorf-Generalversammlung.

Am 22. April hielt die Zahlstelle Düsseldorf eine gut besuchte Generalversammlung ab.

Aus dem Geschäftsbericht geht zu erscheinen, daß die Verwaltungsarbeiten immer umfangreicher werden. Zurückzuführen ist dies insbesondere darauf, daß die Mitglieder, aber ganz besonders die Betriebsratsmitglieder und Vertreutensleute ein größeres Interesse an der Gestaltung ihrer Lebenslage zeigen und dadurch sich mehr Verhandlungen mit den Unternehmern und vor Gerichten nötig machen.

Die Einnahme der Hauptstelle betrug 21 523,21 RM. Die Zokalkasse hatte eine Einnahme von 9 776,09 RM, dem stand eine Ausgabe der Zokalkasse von 6 671,60 RM gegenüber, so daß ein Zokalkassenbestand von 3 094,49 RM zu verzeichnen ist. Der Zugang an Mitgliedern beträgt 76. Am Schluß des 1. Quartals hatte die Zahlstelle 2285 Mitglieder.

## Gewerkschaftliches.

**Gewerkschaftsjubilare.** Am 1. Mai waren es dreißig Jahre, daß der stellvertretende Vorstande des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Genosse Wilhelm Schneegack, seinen Posten als besoldeter Sekretär im Vorstand dieses Verbandes antrat. Schneegack stammt aus Thüringen, gehört schon seit 44 Jahren seiner Organisation an und hat in seiner langen Verbandsaktivität den Holzarbeiterverband aus den kleinsten Verhältnissen zur heutigen Machtposition emporwachsen sehen. Wir wünschen dem Jubilar, daß er noch lange Jahre in geistiger und körperlicher Frische leben möge.

Auf eine gleichfalls dreißigjährige Tätigkeit als Gewerkschaftsredakteur kann am 1. Mai der Genosse Fritz Krieg, der bisherige Redakteur der "Verbands-Zeitung", zurückblicken. Genosse Krieg ist zurzeit der dienstälteste deutsche Gewerkschaftsredakteur. Sein ganzes Leben war dem Kampf für die Verbesserung der Lage der Brauereiarbeiter gewidmet. Die "Einigkeit" schreibt: "Möge der alte Gewerkschaftsstrategie unsre Bewegung noch recht lange körperlich und geistig frisch erhalten bleiben. Ein Rat wird auch im neuen Verband gebraucht werden. Alles Hingebung für die Verbandsfahne. Energie und Ausdauer, die Krieg innerhalb der dreißig Jahre seines Wirkens als Verbandsredakteur an den Tag legte, verdienen Anerkennung."

Der Vorstande des Deutschen Sattler-, Taverzier- und Portefeuiller-Verbandes, Genosse Peter Blum, konnte am 1. Mai sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsangestellter feiern.

Am 1. Mai 1903 wurde der Jubilar als Sekretär des ehemaligen Sattlerverbandes angestellt, nachdem er vorher verschiedene Vertrauensposten seit 1891 bekleidet hatte. Er war als Angestellter sehr beteiligt an der Verabschlußung mit den Portefeuillern im Jahre 1909 und mit den Taverziern 1920 und trug wesentlich zur Entwicklung seines Verbandes bei. Ein der Jubilar anhängt Blum jederzeit seinen Mann. Ein Jahr 1922 brachte ihn die Sozialdemokraten in Göppingen mit dem Ehrenamt eines unbefoldeten Stadtrats. Am 17. Juni feierte der Jubilar sein 65. Geburtstag feiern. Wir bringen ihm die besten Glückwünsche dar!

Gustav Sabath 55 Jahre. Am 1. Mai vollendete der Vorstande des Berliner Gewerkschaftsbundes, Gustav Sabath, sein 55. Lebensjahr. Von Bernd Schneider, wurde er schon 1892 als Geschäftsführer des Hamburger Verwaltungs- und Schneiderverbandes gewählt. 1895 bestimmte ihn der Berliner Gewerkschaftskongress zum 2. Vorstande der Generalversammlung des Gewerkschaftsverbandes und hatte diesen Posten inne bis zu seiner 1920 erfolgten Wahl in sein jetziges Amt. Wie kaum Gewalt! Sabath hante noch ist, beweist, daß er von der Berliner Arbeiterschaft erneut als aussichtsreicher Kandidat für den Preußischen Landtag aufgestellt wurde.

Fürst Sabath 55 Jahre. Am 1. Mai vollendete der Vorstande des Berliner Gewerkschaftsbundes, Gustav Sabath, sein 55. Lebensjahr. Von Bernd Schneider, wurde er schon 1892 als Geschäftsführer des Hamburger Verwaltungs- und Schneiderverbandes gewählt. 1895 bestimmte ihn der Berliner Gewerkschaftskongress zum 2. Vorstande der Generalversammlung des Gewerkschaftsverbandes und hatte diesen Posten inne bis zu seiner 1920 erfolgten Wahl in sein jetziges Amt. Wie kaum Gewalt! Sabath hante noch ist, beweist, daß er von der Berliner Arbeiterschaft erneut als aussichtsreicher Kandidat für den Preußischen Landtag aufgestellt wurde.

**Wissenswertes in aller Kürze.**

Der Zentralverband der Dachdecker lehnte mit 3327 gegen 3154 Stimmen die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund ab. Das ist wohl schon die dritte Abstimmung, die in dieser Frage vorangestellt wurde.

Der Keramik- u. G. Keram.-Industrie V. G. verteilt 12 Proz. Dividende für das Jahr 1927 und erzielte hundert Millionen Reichsmark Uebergewinn.

Die A. G. Porzellanfabrik beschäftigt gegenwärtig 108 034 Personen. Unter Einschluß der Gruben und der von der A. G. kontrollierten Werke sind insgesamt 124 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

## Übersichtung der Hauptstelle

### IV. Quartal 1927.

#### Einnahme:

zu Kassenbestand III. Quartal 1927	2 132 677,
Beiträgen	1 939 358,
Egtrabträge	56 267,
Von den Zahlstellen nicht eingesandt	4 794,
Broschüren und Bücher	2 450,
Kartothekeiten	8 8,
Proletarier	398,
Urbodarf	659,
Schreibmaterial	140,
Erschöpfer und Karton	886,
Einzelmitglieder	272,
Bürogebühre Beträge	10 641,
Aus dem Vermögensbestand	26 671,
Räume	55 170,
Ohne Abrechnung	7 000,
Sonstige Einnahmen Hauptstelle	10 261,84
Zahlstellen	370,70
	10 632,5
Beiträge der Zahlstellen an die Unfallstasse	7 899,
Zuschüsse von den Zahlstellen zurückgerechnet	51 864,
	Summa 6 286 970,7

#### Ausgabe:

Per Gewerkschaftsunterstützung:	
a) An Reisende in Zahlstellen	1 808,-
Hauptstelle	98,-
b) An Arbeitslose	412 847,2
c) An Kraute	595 499,9
" Rechtsklaus: Zahlstellen	4 928,08
Hauptstelle	2 04,80
Mafregelung	7 842,8
Umzugsgeld: Zahlstellen	13 058,20
Hauptstelle	843,50
Sterbegeld	13 858,45
Vollage-Unterstützung: Zahlstellen	10 454,20
Hauptstelle	28 812,6
Streit-Unterstützung	72 971,2
Anteil von den Beiträgen an die Zahlstellen	1 801 162,9
Marken und Stempel	274,
Posto: Banknoten, Postcheck u. Telefon	4 595,41
W est u. Poststempelungen und Auskunft	774,2
Revisions der Hauptstelle und Zahlstellen	1 37,60
Beiträge zur Sozialversicherung u. Unfallstasse	50 078,40
Gehälter	77 242,40
Papier und Druckstoff des "Proletarier"	88 612,41
Verbindungen des "Proletarier"	19 474,98
Drucksachen	15 615,50
Schreib- u. Rechenmaschinen und Reparaturen	3 052,00
Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar	1 46,42
Wochendarbeitszeit	5 080,38
Büroeinrichtung und Urbodarf	7 3 2,71
Büromiete, Licht und Reinigung	9 385,88
Karfreihunden	11 124,00
Konferenzen	18 48,42
An die Gauverwaltung	141 200,-
An den Keramischen Bund (etwa 100 000,-)	100 000,-
Zuschüsse an die Zahlstellen	88 684,58
Arbeiter- und Wirtschaftsschulen	180,60
Schulbücher, Pensum	47 054,14
Allgeme	